

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 256.

Donnerstag, den 31. Oktober 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Gegen den Krieg.

Das Internationale Sozialistische Bureau erläßt folgendes Manifest:

Das Internationale Sozialistische Bureau spricht seinen tiefsten Abscheu aus vor dem Massenmord, der sich z. B. auf dem Balkan vollzieht und sendet den Sozialisten der Balkanländer die warmste Anerkennung für den Heldennut und die Prinzipientreue, die ihnen die Kraft verleihen hat, unter den schwierigsten Verhältnissen gegen den Krieg zu protestieren. Wir erklären, daß hinter den berechtigten Bedürfnissen der Völker des Balkans nach nationaler Einigung und Selbstbestimmung und nach Beendigung des bisherigen Zustandes, der sie zu Vasallen Rußlands und Oesterreichs degradiert, sich die Interessen der Dynastien und die Begehrlichkeit der Kapitalisten verbergen. Es sind nicht die Interessen der arbeitenden Klassen, sondern der Kapitalisten und Fürsten des Balkans, die dahin drängen, politische Veränderungen auf dem Wege des Krieges herbeizuführen. Die Interessen der arbeitenden Klassen, die auch die Selbstbestimmung der Nation in sich schließen, erheischen nicht den Krieg, sondern die fortschreitende Demokratisierung und Revolutionierung der Staaten des Balkans — eingeschlossen die Türkei. Nur auf diesem Wege war ohne Völkerverheerung, ökonomischen Ruin und Blutvergießen soviel an Völkeremanzipation auf dem Balkan zu erreichen, als unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt möglich ist.

Die kapitalistischen und monarchischen Interessen waren unvereinbar mit dieser Methode der Befreiung der Balkanvölker; schon dies machte den Krieg unvermeidlich, für dessen Grauel jene herrschenden Klassen verantwortlich sind. Außerdem trägt daran eine schwere Schuld der russische Absolutismus, der seit jeher sich der nationalen Aspirationen der Balkanvölker bediente, um aus ihrem Blut, wie im eigenen Lande aus dem seiner Völker, Kräfte zu saugen.

Endlich klagen wir an als Schuldige die kapitalistischen Mächte Europas überhaupt, die durch ihre Habgier und Brutalität, Gewalttaten und Treulosigkeiten in Marokko, Bosnien und Herzegowina, Tripolis und Persien, durch ihre perfide Lähmung jeder Bestrebung zur Wiedergeburt der Türkei, sowie durch das Wechselspiel zwischen den Intrigen des Zarismus und den Gelüsten der österreichischen Monarchie ihrerseits die Entstehung des Krieges gefördert haben.

Dieser Konflikt kann jeden Augenblick die Schrecken eines Weltkrieges gebären.

Die Pflichten aller Proletarier, aller Parteien der Internationale, sind in dieser Stunde größer wie je. Im düstern Feuerschein der Ereignisse müssen auch dem Rückständigsten die tiefen Ursachen dieses Regimes der Unsicherheit, der Brutalität und des Raubes, das die Welt zerfleischt, klar werden, und muß die Pflicht des Proletariats erhellen, alle Kraft daran zu setzen, die Verwirklichung des Sozialismus zu beschleunigen, der allein die Beziehungen der Nationen zueinander auf die dauernde Grundlage der Ehrlichkeit stellen wird, während diese Beziehungen heute preisgegeben sind der kapitalistischen Anarchie, der Habgier der hohen Finanz, dem chauvinistischen Wahnsinn, dem Ränkespiel der Diplomatie und den Gewalttätigkeiten der Reaktion.

Es ist dringend notwendig, daß die klassenbewußten Proletarier sich jedem Versuch, den Krieg auszudehnen, und jeder interessierten und selbstsüchtigen Intervention, die ihn ausdehnen würde, mit aller Kraft widersetzen, und daß das Proletariat der kriegerzeugenden Politik mit der ganzen Kraft seiner Organisation und mit wichtigen Machtkundgebungen entgegentritt. Das sozialistische Proletariat muß mit größtem Nachdruck seine Stimme erheben und durch sein Verhalten bezeugen, daß es sich nicht in die Politik der rohen und blutigen Konflikte hineinziehen läßt.

Um diesem Protest und dieses Vorgehen gegen den Krieg die höchste Einheitlichkeit und Wirksamkeit zu sichern, hat das Internationale Sozialistische Bureau die Einberufung eines

Außerordentlichen Internationalen Kongresses

beschlossen.

Die beste Vorbereitung des Kongresses wird in einer systematischen und intensiven Agitation aller sozialistischen und proletarischen Organisationen gegen alle jene Elemente bestehen, die an dem Verbrechen des Konflikts schuld tragen.

Die nächste Zukunft wird wahrscheinlich an die sozialistischen und proletarischen Parteien die größten Anforderungen stellen. Wir zweifeln nicht, daß sie sich auch dem Schwersten gewachsen zeigen werden, mit dem Mut, dessen glänzendes Vorbild uns bereits die Genossen im Brennpunkt des Konflikts gegeben haben.

Mögen die Regierungen eingedenk sein der Gefahren, die das Spielen mit dem Feuer mit sich bringt, und daß dies Feuer imstande ist, die ganze kapitalistische Welt in Brand zu setzen.

Krieg dem Kriege!
Goch die Internationale!

Blutopfer des Krieges.

Die Menschenmächterei, die gegenwärtig den türkischen Boden mit dem Blute der Balkanvölker düngt, bringt das Unheilvolle und Verbrechen eines Krieges wieder einmal zu grauenhafter Erkenntnis. Hunderttausendmal sind die Grauel des Krieges von bernharder Feder dargestellt worden, nichts wird aber so unmittelbar, als die nackten Ziffern über die Vernichtung von Menschenleben, als die nackten Ziffern über die Vernichtung der wirtschaftlichen Güter, die der Arbeit für die Kultur durch den Krieg entzogen werden. Betrachtet man nur, was die Kriege der letzten fünf Jahrzehnte des verflochtenen Jahrhunderts an Menschenleben gekostet haben. Diese Blutbilanz übersteigt alles menschliche Fassungsvermögen. Es wurden getötet im Krieg in der

Krim	750 000 Mann
Italien	45 000 "
Dänemark	8 000 "
Sezession (Amerika)	800 000 "
Preußen-Oesterreich	45 000 "
Rußland-Türkei	250 000 "
Mexiko	40 000 "
Cochinchina	25 000 "
Frankreich-Deutschland	215 000 "

2 178 000 Mann

Aber das Meer von Menschenblut ist in Wirklichkeit noch größer, als in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, da wegen Mangel an zuverlässigen Angaben die Zahl der Gefallenen in den Kriegen in Abyssinien, Indien, Afghanistan, Madagaskar, Kuba, Transvaal, China, Dahomei, Tunis, im Tonkin, Zululand und die der chinesisch-japanischen und russisch-japanischen Feldzüge und einiger kleinerer Kampagnen nicht einbezogen worden sind. Man geht sicher nicht fehl, wenn man die Zahl der in diesen Kriegen Getöteten auf mindestens 800 000 festsetzt. 3 Millionen Menschenleben kosteten also die Kriege in einem halben Jahrhundert!

Die Opfer an Geld lassen sich für das ganze Jahrhundert feststellen. Die hauptsächlichsten Kriege haben gekostet:

Napoleonischer	16 500 Millionen Franken
Türkisch-Russischer	500 "
Ngter	1 200 "
Spanisch-Portugiesischer	1 250 "
Canada	55 "
Seminola	135 "
Mexiko	290 "
Kaffir	50 "
Krim	7 600 "
Italien	1 500 "
Sezession	25 000 "
Abyssinien	215 "
Paraguay	1 200 "
Deutsch-Französischer	15 500 "
Achantis	27 "
Zentral-Asien	1 125 "
Russisch-Türkischer	6 000 "
Afghanistan-Zululand	425 "
Sudan	105 "
Madagaskar	105 "
Abyssinien	575 "
Kuba	5 000 "
Transvaal	4 000 "
Chinesisch-Japanischer	1 500 "

Auch hier fehlt eine Anzahl Feldzüge. Aber schon die hier aufgeführten Angaben zeigen, daß die Kriege des 19. Jahrhunderts 100 Milliarden verschlungen haben. Und das ist noch bei weitem nicht alles. Denn hier sind nur die direkten Kriegskosten angeführt. Nicht viel niedriger als die direkten Kriegskosten wird aber der Schaden sein, der durch die Verwüstungen angerichtet wird, die mit dem Krieg naturgemäß verbunden sind. Und endlich müßten, um die

ganze Größe der durch die Kriege vergeudeten Summen zu erhalten, auch die Beträge der Militärbudgets in Rechnung gezogen werden. Aber wie ungeheuer auch die Geldausgaben, die Vernichtung des wirtschaftlichen Wohlstandes ist, alles verschwindet doch neben den gewaltigen Opfern an jungen Menschenleben. Welche Summe von Glück, Wohlfahrt und Kultur hätten diese nutzlos gemordeten Menschen durch ihre Arbeit und ihr Talent der Menschheit schaffen können!

Deshalb muß es die Aufgabe eines jeden denkenden und fühlenden Menschen sein, mit aller Kraft die Bestrebungen zu unterstützen, welche auf eine Beseitigung der Kriege durch internationale Schiedsgerichte hincielen. Die einzige Partei aber, welche diese Bestrebungen zu den ihren gemacht hat, ist die sozialdemokratische.

Der Balkankrieg.

Vom Kriegsschauplatz liegen heute wieder einmal zur Abwechslung mehrere Meldungen vor, die von Siegen der Bulgaren und Türken bei Adrianopel und von solchen der Griechen und Türken bei Serfidje berichten. Gesiegt wollen alle Mächte haben. Aus diesem Wirrwarr von Nachrichten ist allerdings das eine mit unumstößlicher Sicherheit zu entnehmen, daß in der Nähe von Kirkkilisse am Ergone-Fluß an der Linie Pule-Burgas-Dunar-Hisar eine große Schlacht zwischen Bulgaren und Türken stattfindet. Die Türken haben sich hier wieder gesammelt und stellen ihre Ostarmee dem Feind entgegen. Hier stehen sich rund 600 000 Mann gegenüber. Wenn diese Zahl auch nur annähernd zutrifft, dann kann man sich ein Bild machen von den Schlächtereien, die hier bevorstehen. Es ist das reine Menschenmüllhaus.

Nach mehreren in Konstantinopel eingetroffenen Nachrichten machten Dienstag die türkischen Truppen in Adrianopel einen Ausfall nach der westlichen Seite gegen Marasch und waren die Bulgaren, die ungefähr die Stärke einer Brigade hatten, mit vielen Verlusten in der Richtung auf Serail und Remakö zurück. An demselben Tage hat die türkische Armee auf dem östlichen Flügel bei Visa die Offensive ergriffen und den Feind zurückgeschlagen. Die bulgarische Division, die im Zentrum vorging, wurde auch zurückgedrängt. Die türkische Armee hatte 800 Tote und Verwundete. — Dagegen ließen die Bulgaren aus Sofia vom gleichen Tage melden: Die türkischen Truppen von Adrianopel machten mehrere Ausfälle nach verschiedenen Richtungen, wurden aber überall von den Bulgaren zurückgeschlagen. — Wo hier die Wahrheit liegt, kann man natürlich nicht beurteilen. Nach den letzten Ereignissen ist man geneigt, der letzteren Nachricht mehr Glauben beizumessen.

Im Westen dauert der türkische Rückzug an. Die neue Verteidigungsstellung, die dort der bei Uesküb und Köprüll geschlagene Jekki Pascha in der Linie Gemgeli-Dörgan (Dviran) gewählt hat, liegt im Wardartal nur noch etwa 65 Kilometer nördlich von Saloniki. Die Klammer um diese Stadt schließt sich also immer enger, zumal da sich die griechische Besetzung Verrias bestätigt und durch die Nachricht ergänzt wird, daß dort die Bahn von Saloniki nach Monastir bereits unterbrochen ist. Es ist danach nicht nicht zu verwundern, daß in Saloniki die Stimmung recht verzweifelt zu sein scheint. Nach einem brieflichen Bericht haben die fortgesetzt ungünstig lautenden Nachrichten über die Kriegsereignisse beim Volke große Unruhe hervorgerufen. Es heißt weiter in dem Bericht: Die Behörden erhielten infolgedessen die Weisung, aufklärend einzuwirken und das Volk darüber zu beruhigen, daß Vorkehrungen zur Verteidigung des Landes getroffen seien. Man möge der Heeresleitung Vertrauen entgegenbringen. Das Vordringen der Serben und namentlich der Bulgaren, ferner die griechischen Erfolge sowie die Fortschritte der Montenegriner haben jedoch einen sehr peinlichen Eindruck hervorgebracht, den die schöngefärbten Berichte der türkischen Blätter und die strenge Zensur nicht abzuschwächen vermöchten. In militärischen Kreisen wird mehrfach hervorgehoben, daß die türkische Armee wohl noch nicht hinreichende Kräfte gesammelt habe, um mit der nötigen Wucht den Feinden entgegenzutreten zu können, es sei aber an der Hoffnung festzuhalten, daß es schließlich gelingen werde, Montenegriner, Serben, Bulgaren und Griechen zum Stehen zu bringen.

Vom montenegrinischen Kriegsschauplatz liegen folgende Meldungen vor: Unweit von Bardasjok östlich von Skutari, unternahmen die Türken am Dienstag einen Überfall auf montenegrinische Truppen, die Aufklärungsdienste verjahren. Eine größere Abteilung von Weißtürken, die zwar serbischer Junge, doch Anhänger des Islams sind, gaben durch mehrere weiße Fahnen ihre Bereitwilligkeit zur Unterwerfung kund, worauf ein starker Trupp von Montenegrinern vorging. Aus 30 Schritt Entfernung gaben die Weißtürken unermittelt eine Salve ab. 40 Montenegriner wurden getötet, mehrere

hundert verwundet. Das Feuer der Angreifer wurde sofort erwidert. Die Weiskirchen, die große Verluste erlitten, wurden zerstört. — Bei dem Zwischenfall von Bardanjost standen zwei montenegrinische Bataillone der Division Niksic dem Feinde gegenüber. Die Verluste der Montenegriner sollen 300 Mann an Toten und Verwundeten betragen. Die Türken wurden umzingelt und bis auf den letzten Mann niedergemacht.

Über serbische Ansichten, Pläne und Maßnahmen wird zunächst dem „Tempo“ aus Belgrad gemeldet, daß serbische Kreise auf das bestimmteste erklären, der territoriale status quo für den Balkan sei endgültig vernichtet. Das serbische Volk werde das Gebiet, das die Grenze von Albanien war, behalten und nicht wieder herausgeben. Die siegreiche serbische Armee werde den Sandjak, Prishtina und Askub nur herausgeben, wenn sie mit Waffengewalt dazu gezwungen werden würde. Wie in Belgrad ferner verlautet, beabsichtigen die serbischen Truppen nicht weiter südlich als bis zur Bergaviza vorzudringen, da sie damit bereits das ganze Gebiet nach Süden okkupiert hätten, auf das Serbien eventuell Anspruch erhebt. Dann dürfte Serbien sein Hauptaugenmerk dem Ausgang nach der Adria zuwenden, um sich den oben genannten Korridor zu sichern. Nach amtlichen serbischen Berichten wurde gestern das Gebiet von Prishtina als neuer Landkreis organisiert. Der neue Kreispräsident fordert die geflüchteten Albanesen auf, in ihre Dörfer zurückzukehren, wo ihnen Gleichberechtigung mit den serbischen Untertanen zugesichert wird. In einer Proklamation erklärt General Sankowitsch, die Stunde der Auflösung des osmanischen Reiches habe geschlagen.

Die vereinigten serbischen Kolonnen werden nach einer Meldung aus Belgrad jetzt nach Süden in der Richtung auf Saloniki marschieren und dieses im Verein mit den Griechen angreifen. Die Armee des Generals Zivkowitz wird sich mit den Montenegrinern zu vereinigen suchen, um, wenn nötig, gegen Skutari zu marschieren. Nach der Eroberung Skutaris soll der Eroberungszug nach der adriatischen Küste fortgesetzt werden.

Die Griechen haben ihre Truppen bis Katerina, einer am Golf von Saloniki liegenden türkischen Stadt, knapp 60 Kilometer von Saloniki, vorgezogen. Die Verbindung zwischen Saloniki und Konstantinopel soll seit drei Tagen abgebrochen sein. — In Epirus soll die griechische Armee ihren Vorstoß eingestellt haben, da ihnen plötzlich zwei türkische Divisionen entgegenritten. — Bei Gerbije wollen Türken und Griechen gesiegt haben. Die ersten wollen sogar die griechischen flüchtenden Truppen verfolgen.

Die Türken planen einen Angriff ihrer Flotte auf die griechischen Seestreitkräfte, die auf Tenedos und Lemnos postiert sind.

In Serajevo (Herzegowina) sind Dienstag zwei Militärlüge mit 1300 türkischen Soldaten und 69 Offizieren, die aus dem Sandjak geflüchtet sind, eingetroffen.

In Rumänien erwartet die Bevölkerung jeden Tag die Mobilmachung. Sie soll den Zweck haben, bulgarischen Bergflüchtlingsströmen ein Ende zu bereiten.

Über die Schlacht bei Kirk-Kilisse, ihre Folgen und ihre Bedeutung liegt jetzt ein ausführlicher, offenbar aus türkischer Quelle stammender Bericht vor. Am Tag vor der Schlacht bei Kirk-Kilisse standen bei Adrianopel türkischerseits etwa 30000 Mann als Besatzungsarmee dieser Festung. Unabhängig davon standen auf der Linie Kirk-Kilisse—Baba Eski drei Korps in der Reihenfolge drittes, erstes und zweites, wobei das zweite nur 12000 Mann, die beiden anderen etwa 20000 Mann stark waren. Die Front war also schon damals richtig parallel dem Bosphorus. Rückwärts von Baba Eski, bei Tschorlu und Tcherkezkoi standen vier weitere Armeekorps, die zum Teil noch im Aufmarsch begriffen waren. Zwischen Kirk-Kilisse und Adrianopel waren nur schwache Vorposten. Nach dem Kriegsplan sollte die Armee von Kirk-Kilisse ohne ernsthafte Kämpfe auf die Linie Bija—Lüle Burgas zurückgehen, nachdem sie die Bulgaren zur Entwicklung gezwungen und durch den Angriff auf die Bergkuppen bei Kirk-Kilisse geschwächt und dort am 20. und 21. in ununterbrochener Arbeit ausgedehnte Feldbefestigungen aufgeworfen hatte. Zwei Flugapparate sollten anfliegen, konnten jedoch wegen des andauernden Regens nicht aufsteigen. Die Apparate verdarben infolge des Mangels an Schwapp im andauernden Regen. Am Dienstag, dem 22. Oktober, war bei Kirk-Kilisse noch alles ruhig, nur südlich und nordwestlich wurde Kanonenfeuer vernachlässigt. In der Nacht vom 22. zum 23. erfolgte der bulgarische Angriff. Anstehend hatte sich Ali Pascha selbständig dabei zu stark exponiert. Als er zurückgehen mußte und die ersten bulgarischen Granaten in Kirk-Kilisse einschlugen, begann unter den Bewohnern der Stadt, die bereits in heißen Hüllen auf Ochsenwagen und Karren aus der Stadt flüchteten, eine große Panik, worin auch einige zurückgehende Redijs-Regimenter gerieten. So wählte sich am Mittwoch nachmittag, wie Augenzeugen berichten, ein kilometerlanger Zug von Flüchtlingen aus Kirk-Kilisse. Ein mit Zivilflüchtlings besetzter Bahngang wurde von den Redijs gepörrt und zur Abfahrt gezwungen, obgleich noch ein anderer Zug auf der Strecke vor Baba Eski lag. Ersterer fuhr auf der abwärtsigen Strecke, da er ohne Bremsen war, auf den anderen Zug auf und zertrümmerte dessen letzte Wagen. Die Panik dauerte bis Lüle Burgas. Während bei Baba Eski zeitweilig eine vollständige Bewirtung herrschte, so zog sich offenbar der Rückzug der regulären Truppen unter Mahmud Rekkhar, wie er vorher festgestellt war, in Ordnung nach Bija. Die Eintruppen jollen sich vorzüglich geschlagen haben. Von den geflüchteten Redijs wurden mehrere Offiziere und Mannschaften standrechtlich erschossen. Auf der bulgarischen Seite wurde der Erfolg vom Mittwoch in keiner Weise ausgeglist. Keinerseits wählten die Bulgaren weder, wie die Dinge liegen, noch hatten sie die Kraft, weiter zu kämpfen. Die Unfähigkeit in den folgenden Tagen drückt darauf hin, daß sie sehr gelitten hätten. Ob sie Kirk-Kilisse wieder verloren haben,

ist allerdings sehr zweifelhaft, da die Türken jetzt ihre Entscheidungstellung in Midia—Tschorlu angenommen haben und bei Bija und Lüle Burgas angeblich gekämpft wird. Die Türken mußten ihre beiden Flugapparate beim Rückzug aus Kirk-Kilisse verbrennen. Das Hauptquartier liegt jetzt rückwärts von Tschorlu, unweit Tcherkezkoi. Die Bulgaren sind in vier großen Kolonnen marschiert, eine westlich von Adrianopel, eine bei Adrianopel, die beiden anderen westlich und östlich von Kirk-Kilisse. Die Entscheidungsschlacht soll unmittelbar bevorstehen. Vielleicht mit Rücksicht darauf, vielleicht auch, weil anscheinend von jungtürkischer Seite Unruhen geplant sind, wurde der Versuch, alle Zeitungen sind der strengsten Zensur unterworfen. Ganze Stadtteile waren bereits nach 10 Uhr gesperrt. Auch in Pera ist nach 10 Uhr verboten, auf die Straße zu gehen. Da sich in Saloniki erstere Ereignisse abgespielt haben müssen, will man hier anscheinend vorbeugen. Seit drei Tagen fehlen fast alle Nachrichten aus Saloniki. Im Stadtviertel Fatich in Istanbul sind bedenkliche Schlägereien vorgekommen.

Politische Rundschau

Deutschland.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Im preussischen Abgeordnetenhaus kam es am Schlusse der Sitzung zu stürmischen Szenen. Der polnische Abgeordnete Korsanty hatte in einer flammenden Anklagerede die von seinen Freunden eingereichte Interpellation über die Enteignung sämtlicher Besitzungen zu Anstiebelungszwecken begründet und der Regierung mit Recht vorgeworfen, daß ihre Maßnahmen weder mit der preussischen, noch mit der Reichs-Verfassung in Einklang zu bringen sind. — Der Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer ging in seiner Erwiderung auf die Gründe des polnischen Redners nicht ein; er beschränkte sich vielmehr darauf, eine kurze Erklärung zu verlesen, die vom Staatsministerium ausgearbeitet war und durch die die Enteignung als zu Recht bestehend hingestellt wird. Am Schlusse seiner Erklärung gaben die Polen ihrer Entrüstung in lebhaften Pfuirufen Ausdruck. Wenn es hierbei nicht zu ähnlichen Szenen gekommen ist, wie unter dem früheren Präsidenten, so ist das Verdienst daran dem neuen Präsidenten v. Schwerin-Löwis zuzuschreiben, der weder die Pfuirufer zur Ordnung rief, noch, wie es Herr v. Kröcher getan hatte, erklärte, daß die Geschäftsordnung nicht ausreiche, sondern durch ein verständiges Wort die Gemüter zu beschwichtigen suchte. — Mit den Maßnahmen der Regierung erklärten sich auch die Abgeordneten v. Götter für die Konservativen, v. Zedlitz für die Freikonservativen und Dr. Friedberg für die Nationalliberalen einverstanden. Auch ihre Ausführungen begleiteten die Polen mit Pfuirufen. Die Gegner der Polenpolitik werden erst Donnerstag zu Worte kommen.

Vorher hatte das Haus in zweiter Lesung den Gesetzentwurf über die Anlegung von Sparcassenbeständen in Inhaberpapieren beraten und dabei einen sozialdemokratischen Antrag abgelehnt, der im Interesse der kleinen Sparer die Aufnahme einer Bestimmung verlangte, wonach von den zur Verwendung stehenden Beträgen in allen Fällen die Hälfte zur Erhöhung des Zinsfußes der Spareinlagen zu verwenden ist. Wie verbesserungsbedürftig die Mehrheit das von ihr selbst eben erst erledigte Gesetz hält, geht daraus hervor, daß sie eine besondere Kommission mit der Vorberatung einer fortschrittlichen Resolution beauftragte, die die Regierung ersucht, möglichst noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die öffentlichen Sparcassen gegen das Kurstisiko tunlichst sicher gestellt werden, das ihnen der Zwangsbestand an Inhaberpapieren auflädt.

Eine reaktionäre Tagung.

Die Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe (Kleingewerbe), tagte am Montag und Dienstag im Berliner Lehrernereinschause. Die Regierung hatte sich bemüht, durch einige ihrer Vertreter den hier versammelten Rückfrittlern ihre Referenz zu machen, trotzdem kam die Regierung sehr schlecht weg. Gleich nach dem Kaiserhoch wurde ihr in dem Vorstandsbericht ein „sehr gemindertes Vertrauen“ ausgesprochen, da sie zu wenig zur Erhaltung und Kräftigung des staatsverhaltenden Mittelstandes getan habe. Auch der „Leuerungsrumei“, den die Regierung mitgemacht hat, fand nicht die Billigung der Krämer. Der Warenhandel der Behörden und Gemeinden sei eine „Begünstigung der kommunistischen Bestrebungen“. In einer angenommenen Resolution wird lebhaft bedauert, daß die Gemeinden den Kleinhandel in eigenen Betrieb genommen haben, und es wird erwartet, daß dieser Weg verlassen wird und daß die Organisationen des Handels und Gewerbes anstelle der Gemeinden treten. — Weiter wurde der preussischen Regierung ein Mißtrauensvotum ausgestellt, weil sie in der Unterdrückung der Warenhäuser verjagt hat. In einer Resolution wurde hierüber ebenfalls das lebhafteste Bedauern ausgesprochen. Die Regierung wird nochmals dringend ersucht, die Warenhaussteuer zu erhöhen. Stürmischer Beifall fand das Bedauern des konservativen Abgeordneten Hammer darüber, daß ein früherer preussischer Minister sich so weit vergessen und der Einladung zur Einweihung des Neubaus eines Warenhauses folgen konnte. Hinsichtlich der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe fand ein Beschluß Annahme, der mit aller Entschiedenheit protestiert gegen jede weitere gesetzliche Beschränkung der Geschäftszeit für den Kleinhandel am Sonntag. Gefordert werden bei einer Neuregelung mindestens 5 Stunden Verkaufszeit. Dem Kleinhandel selber solle es überlassen bleiben, über Beschränkungen nun zu beschließen, und zwar mit Zweidrittel-Mehrheit der Angehörigen einer Branche. Das „In-Ende-Bedienen“ der Käufer müsse auch am Sonntage erlaubt sein.

Die Regierungsvertreter hörten sich die Raisonnements der Kleinhandler ohne Widerspruch an; im Gegen-

teil: Der Vertreter des Reichskanzlers und des preussischen Ministers des Innern, der Geheime Oberregierungsrat Landmann, hat um die Zusendung der Beschlüsse, die einer eingehenden Prüfung sicher seien; zu besonderen Charakterisierung der Tagung waren aus dem preussischen Dreiklassenhaufe erschienen für die Konservativen die Abgeordneten Hammer und Stroffer, für die Freikonservativen Dr. Kewoldt, Eckart, für die Zentrumspartei Klode, Dr. Crunenberg und Marr.

Österreich-Ungarn.

Die Eröffnung des ungarischen Parlaments. Zur Feststellung des Budgets für 1913 trat am Mittwoch der ungarische Reichstag zusammen. Er bot das gewöhnliche Bild: Vor dem Reichstage stand die Hälfte der Budapest Garnison, mit scharfen Patronen ausgerüstet, und vor dem Eingange das Offizierkorps. Um 11 Uhr vormittags, kurz vor Beginn der Sitzung, zog die gesamte Opposition, 90 Abgeordnete, unter Führung des Grafen Aponyi zum Reichstagsgebäude. Der kommandierende Infanteriehauptmann verweigerte den Abgeordneten den Eintritt mit dem Bemerkten, daß für die nicht ausgeschlossenen Abgeordneten der Eingang auf der anderen Seite des Hauses sei. Dagegen protestierte Aponyi. Es kam zu einem heftigen Zwiegespräch, und ein Abgeordneter wandte sich an die den Kordon bildenden Soldaten mit der Aufforderung, dem Offizier nicht zu gehorchen und als ungarische Soldaten die ungarischen Abgeordneten nicht in ihrem Amte zu hindern. Die Abgeordneten mußten jedoch wieder abziehen.

Im Reichstage eröffnete Präsident Tisza die Sitzung mit der Tagesordnung: Die Wahlen der Delegationen und die Revision der Hausordnung. Es ist dies eine Konzession, die die Regierung der Opposition machte. Der frühere Minister des Innern, Graf Julius Andrássy, einer der angesehensten Politiker des Landes, der sich der Opposition angeschlossen hatte, war als einziger Oppositioneller in der Sitzung. Er meldete sich zum Wort und hielt eine längere Rede, in der er die Reichstagsitzung für ungesetzlich erklärte und dagegen protestierte, daß der freie Parlamentarismus in Ungarn durch einen Militärkordon vernichtet wird. Seine Rede machte großen Eindruck. Graf Tisza und der Ministerpräsident antworteten darauf. Der Ministerpräsident sagte, daß er, ob es der Opposition gefalle oder nicht, seine übernommene Mission ausführen werde. — Nachmittags 1 1/2 Uhr begann der Reichstag seine Beratungen wieder. Es wurde ein Komitee von 21 Mitgliedern gebildet, das sich mit der Revision der Hausordnung beschäftigen soll.

Das ungarische Proletariat protestiert gegen die Reaktion. Auf Mittwoch waren in der ungarischen Hauptstadt 14 und in 20 größeren Provinzstädten ebenfalls Protestversammlungen angelegt mit der Tagesordnung: Der Krieg und die Eröffnung des Reichstages. Den Versammlungen lag eine gemeinsame Resolution vor, in der dagegen protestiert wird, daß sich Ungarn in die Wirren des Balkankrieges einmengt: Es ist Pflicht der ungarischen Regierung, vor allem im eigenen Lande Ruhe zu schaffen und die Ausnahmezustände in Ungarn und Kroatien endlich einmal aufzuheben. Es wird ferner dagegen protestiert, daß zurzeit der Regierung ein Mann vorsteht, der mit dem Gesetzbuch in Konflikt geraten ist. Solange keine gesetzlichen Zustände in Ungarn eintreten, solange der Militärkordon das Reichstagsgebäude umsteht, können die Beschlüsse dieses Hauses nicht geachtet werden. Die Regierung müsse einsehen, daß sie im Auslande keine Erfolge haben kann, solange sie im eigenen Lande nicht geachtet wird. Das arbeitende Volk Ungarns verlangt in der Resolution weiter, daß den grausamen gefesselten inneren Zuständen ein für allemal durch Schaffung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts ein Ende gemacht wird.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 31. Oktober.

Wachtung, Gewerkschaftsführer! Der Kassierer des Gewerkschaftsvereins und des Arbeitersekretariats wird morgen, Freitag den 1. November, Sonntag den 2. November und Montag den 3. November, abends von 8—9 Uhr, zur Entgegennahme der Beiträge im Gewerkschaftshause anwesend sein.

Angestelltenversicherung, Stadt- und Landamt und „Lübecker Volksbote“. Am Freitag, dem 25. Oktober brachte der „Lübecker Volksbote“ unter der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ an erster Stelle eine Notiz mit der Spitzmarke „Angestelltenversicherung“, in welcher die Stimmberechtigten angeben und bezüglich der Ausübung des Wahlrechts informierende Angaben gemacht wurden. Da der „Lübecker Volksbote“ die Interessen der werktätigen Bevölkerung vertritt und diese Aufgabe auch in der Richtung zu lösen bestrebt ist, daß er bei Wahlen darauf hinweist, welche der vorgeschlagenen Kandidaten für das Wohl der Arbeiterschaft seiner Meinung nach am besten werden würden, so war in der fraglichen Notiz auch der Hinweis enthalten, daß die Vorschlagsliste der „Freien Vereinigung für Sozialversicherung“ allein für alle fortschrittlichen Angestellten in Betracht komme. Mit keiner Silbe war aber gesagt worden, daß ein Teil der sachlichen Angaben uns vom Stadt- und Landamt mit dem Ersuchen um Abdruck übermittelt worden war. Um so sonderbarer mutet nun folgendes Schreiben an, das wir gestern vom Stadt- und Landamt zugelandt erhielten:

Stadt- und Landamt.

S 8885.

Lübeck, den 29. Oktober 1912.

Am 23. Oktober 1912 haben wir der Redaktion des „Lübecker Volksboten“, wie allen hiesigen Tageszeitungen, einen Aufsatz über die Angestelltenversicherung zugesandt, der eine amtliche, unparteiische Belehrung des Publikums für die am 27. Oktober stattfindende Wahl der Vertrauensmänner darstellte. Diesen Aufsatz hat der „Lübecker Volksbote“ im Gegenlag zu den übrigen Zeitungen mit 2 Anberungen abgedruckt, indem er die Vorschlagslisten B—J aufzählende Stelle gestrichen und dafür den Satz eingeschoben hat: „Diese Vorschlagsliste allein kommt für alle fortschrittlichen Privatangestellten in Betracht.“ Durch diese Änderungen ist der Zweck des Aufsatzes vereitelt und eine auch ohne ausdrückliche Quellenangabe unverkennbar von einer amtlichen Stelle stammende Arbeit zu Agitationszwecken mißbraucht worden. Angehts dieses Verhältnisses der

Redaktion des „Lübecker Volksboten“ sind wir zu unfrem Bedauern nicht in der Lage, dem „Lübecker Volksboten“ weiterhin amtliche Mitteilungen zur Verbreitung zur Verfügung zu stellen.

Im Auftrage:
Dr. Stord.

An die Redaktion
des Lübecker Volksboten
hier.

Wir können selbstverständlich das Stadt- und Landamt nicht zwingen, dem „Lübecker Volksboten“ amtliche Mitteilungen zur Verbreitung zur Verfügung zu stellen, wie wir es auch ablehnen würden, auf das Recht zu verzichten, derartige Mitteilungen nach dem Ermessen der Redaktion ganz oder teilweise zum Abdruck zu bringen oder ihnen etwas hinzu-zufügen. Artikel, die von uns als amtliche gekennzeichnet werden, unterliegen natürlich keiner reaktionellen Veränderung. Wie liegen nun die Dinge im vorliegenden Falle? Wir haben an dem uns vom Stadt- und Landamt zugesandten Aufsatz nicht nur zwei, sondern noch mehr Veränderungen vorgenommen. Anscheinend ist es dem Stadt- und Landamt entgangen, daß wir ohne seine Erlaubnis dem Aufsatz die einzelnen Stimmbereiche hinzugefügt haben, deren nochmaligen Abdruck wir für viel notwendiger hielten, als die Bekanntgabe der Verbände oder Vereinigungen, welche die Listen B bis J aufstellten. Die Hinzufügung des Satzes, daß die Vorschlagsliste A allein für die fortschrittlichen Privatangestellten in Betracht komme, diente gleichfalls zur Informierung der Privatangestellten.

Wer aber nach diesem Satz noch annehmen konnte, daß der Artikel von amtlicher Seite stamme, den müßte man schon für sehr naiv halten. Unsere Leser werden kaum auf einen so kuriosen Gedanken gekommen sein. Ganz entgegengesetzten Bewahrung einlegen müssen wir gegen die Unterfertigung, wir hätten eine amtliche Arbeit mitgebracht. Wir haben die uns überhandte Notiz so verandert, wie wir es im Interesse der von uns vertretenen Volksschichten für zweckdienlich hielten, und das nehmen wir nicht nur als unser Recht in Anspruch, sondern erachten es sogar für unsere Pflicht. Wenn nun der „Lübecker Volksbote“ in Zukunft keine amtlichen Mitteilungen vom Stadt- und Landamt mehr erhalten soll, so müssen wir und mit uns unsere Leser die schwere Strafe mit Fassung zu ertragen versuchen. Unsern Lesern werden ja von anderen Behörden viel wichtigere Bekanntmachungen nicht direkt zugänglich gemacht, so daß es kaum bemerkt werden dürfte, wenn das Stadt- und Landamt sich diesem Boykott der Arbeiterpresse anschließt. Wir überlassen das Vorgehen des Stadt- und Landamtes, in dem wir beim besten Willen keine höheren Gesichtspunkte zu entdecken vermögen, getrost dem Urteil der Öffentlichkeit.

Staatliche Beihilfe zur Einrichtung von Seefisch-Kochkursen. Dem Bürgerausschuß lag gestern folgendes Senatsdekret vor: Wie im Vorjahre, so beabsichtigt der Neue Frauenverein hier selbst auch in diesem Winter unentgeltliche, jedermann zugängliche Seefisch-Kochkurse mit besonderer Berücksichtigung von Ostseefischen einzurichten, um einer billigen und schmackhaften Nahrung, die noch immer nicht von der Bevölkerung in genügendem Umfange gewürdigt wird, die angehörende der Fleischnahrung wünschenswerte weitere Verbreitung zu geben. Mit Rücksicht auf die beträchtlichen Kosten dieses Unternehmens, deren Bestreitung aus eigenen Mitteln ihm nicht möglich ist, hat er mit der in Abschrift anliegenden Eingabe vom 21. Oktober um eine Beihilfe von 250 Mk. gebeten. In Anerkennung der gemeinnützigen und für die Volksernährung wichtigen Bestrebungen des Vereins hat der Senat ihm bereits im Vorjahre aus den zu seiner Verfügung stehenden Mitteln eine Beihilfe von 150 Mk. bewilligt. Er ist auch jetzt bereit, den erbetenen Beitrag, der ihm angemessen erscheint, zu gewähren; da indes die zu seiner Verfügung stehenden Mittel in diesem Jahre bereits erschöpft sind, stellt er für Mitgenehmigung des Bürgerausschusses, daß dem Neuen Frauenverein hier selbst zur Einrichtung von Seefisch-Kochkursen in diesem Winter eine Beihilfe von 250 Mk. bewilligt werde. Der Bürgerausschuß erteilte die beantragte Mitgenehmigung.

Der Bürgerausschuß erklärte sich in seiner gestrigen Sitzung mit 16 gegen 8 Stimmen gutachtlich für die Bewilligung eines jährlichen Zuschusses von 9000 Mk. als Unterstützung der Freeseher Schule; für die Zeit bis zur Übergabe des vom Staate zu erbauenden Schulhauses 3000 Mark jährlich. Mit Stimmengleichheit wurde dagegen abgelehnt, das neue Schulhaus am Falkenplatz zu errichten. Der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen wurden die Senatsanträge betreffend: Die Umwandlung zweier Stellen für seminaristisch gebildete Lehrkräfte an der Ernestinenschule in solche für akademisch gebildete; Nachbewilligungen auf budgetmäßige Ausgaben verschiedener Behörden im Rechnungsjahre 1912; Bewilligung von 7374 Mk. für Bezug von Gashauptrohren auf dem für den Ausbau freigegebenen Gelände in der Gemeinde Israelsdorf; staatsfester Erwerb von Ländereien der Firma Louis Wolff in Siems, Zahlung einer Entschädigung an das St.-Johannis-Frauenkloster, Bewilligung von 10 000 Mk. für die ordnungsmäßige Herstellung des Lagerplatzes auf der Wallhalbinsel an der Stelle des abgebrannten Güterschuppens. Der Bürgerausschuß erteilte seine Mitgenehmigung den Senatsanträgen betr. Bewilligung von 5000 Mk. für Anpflanzungen auf dem Vorwerker Friedhof; Herstellung einer Krananlage zur Hebung von Häffern bis zu 1000 kg. auf dem Leerhofe (1500 Mk.); Nachbewilligung von 910 Mk. für die Beschaffung eines zweiten Taucherapparates.

Besicht beim Abschluß von Versicherungen. Seit dem Beschluß der Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften eine Volksversicherungs-Gesellschaft unter dem Namen „Volkswirtschaft“ ins Leben zu rufen, sind die Agenten der verschiedenen Versicherungsgesellschaften eifrig am Werke, vor Inkrafttreten des neuen Konkurrenzunternehmens noch soviel wie möglich Abschüsse zu vollziehen, in der richtigen Voraussetzung, daß es ihnen in Zukunft recht schwer fallen dürfte, unter den gewerkschaftlich-gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Material für ihre Zwecke zu finden. Leider gelingt es den mündfertigen Agenten der kapitalistischen Versicherungsgesellschaften noch viel zu oft, sich bei den indifferenten Arbeitern und deren Frauen durch schon gedrehte Redensarten und verkapultierte Versprechungen Gehör zu verschaffen und damit einen Abschluß zu erzielen. Im Interesse der versicherungslustigen Bevölkerung wäre es empfehlenswert, wenn sich jeder, der sich versichern will, vorher genau über die kapitalistischen Versicherungen und ihre Leistungen orientieren würde. Dazu ist natürlich notwendig, daß sich die Arbeiter und Arbeiterfrauen mehr als bisher um die Wahrung ihrer Interessen kümmern. Diejenigen Arbeiter und diejenigen Arbeiterfrauen, die aufmerksame Leser des Arbeiterblattes sind, in dem die Magazine der kapitalistischen Versicherungsgesellschaften unter die Lupe genommen werden, und die gleichzeitig die Versammlungen besuchen, in denen wirtschaftliche Fragen zur Behandlung kommen, werden den Sirenengefangenen der kapitalistischen Versicherungsgesellschaften nicht so leicht zum Opfer fallen. Wer sich demnächst versichern will, der warte solange, bis die gewerkschaftlich-gewerkschaftliche Versicherungsgesellschaft

„Volkswirtschaft“ ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Die Bekämpfung, die dem noch nicht ins Leben getretenen Institut durch die kapitalistischen Gegner zuteil wird, ist der beste Gradmesser dafür, daß das neue Unternehmen berufen ist, im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung zu wirken. — Die Leitung der „Volkswirtschaft“ erucht uns, bekannt zu geben, daß ihr mehrfach glaubwürdig mitgeteilt wurde, daß einige Versicherungsagenten bei ihren Werbungen den Leuten vorzuschwindeln suchen, die von ihnen bewirkten Aufnahmen erfolgten im Auftrage der „Volkswirtschaft“ und würden dieser später zugerechnet. Die Leitung der „Volkswirtschaft“ fordert auf, falls irgendwo derartige betrügerische Manipulationen weiter versucht werden, die Namen und Adressen der Betrüger festzustellen und ihr mitzuteilen, damit die Betroffenen zur Verantwortung gezogen werden können. Es hat niemand das Recht, Ausnahmen für die „Volkswirtschaft“ zu machen, solange sie noch nicht konfessioniert ist. Sobald die Konfessionierung erfolgt ist, wird dies öffentlich in allen Arbeiterblättern bekannt gegeben werden und dürfen Ausnahmen für die „Volkswirtschaft“ dann auch nur solche Personen machen, die sich im Besitze des mit der Firma der „Volkswirtschaft“ versehenen Aufnahmematerials befinden.

Aus den besten der Welten. Der schon wiederholt bestrafte 33jährige Zigarrenarbeiter Jürgen Karl John stand wieder vor der Strafkammer des Landgerichts Hamburg unter der Anklage des Betrugs. Der Angeklagte, ein Invalid, mietete als angeblicher pensionierter Weichensteller an verschiedenen Stellen Logis. Überall verschwand er nach einigen Tagen, ohne seine Schuld für Miete und Beköstigung zu begleichen. Der geständige Angeklagte erklärte, daß er als Krüppel nirgends Arbeit finden könne. Er habe schon wiederholt bei seiner Heimatbehörde Lübeck um Aufnahme ins Armenhaus nachgesucht, jedoch sei sein Gesuch abgelehnt worden, weil er noch nicht 60 Jahre alt sei. Man möge ihm jetzt doch eine längere Zuchthausstrafe geben, weil er dort mehr verdienen könne und damit er inzwischen auch das 60. Jahr vollenden könne. Der Staatsanwalt meinte, daß man den Wunsch des Angeklagten, ins Zuchthaus zu kommen, nach Sachlage nicht erfüllen könne; er beantragte, auf eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren zu erkennen. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten unter Anrechnung von sechs Wochen Untersuchungshaft zu 15 Monaten Gefängnis.

Sozialdemokrat ist nicht
der, welcher am Bierisch räsoniert,
sonst aber nichts tut, sondern

Sozialdemokrat ist nur
wer für die Arbeiterfrage täglich mit-
arbeitet, seiner Organisation
angehört, vor allem aber auch

das Parteiblatt liest.

Ein richtiger Sozialdemokrat begnügt
sich auch nicht damit, sein Parteiblatt zu
abonnieren, er wirkt täglich, stündlich auch
noch für dessen weitere Verbrei-
tung. Er wirbt und agitiert unab-
lässig für den

„Lübecker Volksboten“

Ein Wort gegen die Sammelwut. Kaum haben unsere Jungen in der Schule etwas von Käfern und Schmetterlingen gelernt, so wird flugs eine „Sammelung“ angelegt. Es gibt grauhäutige Unterrichtsmaschinen genug, die solch schülerhafter, natürlich durchaus unwissenschaftlicher Sammelwut noch das Wort reden, weil sie noch immer in der Erinnerung an jene Epoche leben, in der die Naturwissenschaften wirklich noch im Sammeln und Beschreiben ihre Hauptaufgabe sehen konnten. Heute ist diese Zeit vorbei, und wo noch Gegängungen notwendig sind, können diese nie und nimmer von wahllos Käfer und Schmetterlinge mordenden Schulbuben gemacht werden. Die Schülerkammer ist also unnütz, ja schädlich geworden, und der Suttgarter Kosmos veröffentlicht in seinem Oktoberheft treffende und kräftige Worte eines Schulmannes gegen die aberwitzige Massenmanie unserer Schuljugend. Da heißt es: „Nun wird jeder zugeben, daß dieses Sammeln zum mindesten nicht notwendig für das Verständnis der Tiere ist; denn man lernt das Leben anderer Gattungen auch ohne das kennen und die Fragen, welche heute im Mittelpunkt unseres Wissens der Tierwelt stehen: ihr innerer Bau, ihre Lebensfunktionen, ihre Verwandtschaft werden durch eine Insektenammlung, wie sie ein Schüler anlegt, wenig oder gar nicht beantwortet. Ich habe oft genug sehen müssen, wie das Sammeln ausartet. Die Schüler waren gewohnt, nicht ohne das Spiritusglas in der Tasche auszugehen; was ihnen über den Weg lief, wurde in das Glas gesteckt und erst zu Hause sah man dann nach, ob man „ihn“ schon „hatte“. War das der Fall, so wurde er eben fortgeworfen. Ich kenne unter Hunderten nicht einen Fall, wo der Schüler, wie das doch der eigentliche tiefere Sinn war, diese Sammlung nun auch „studiert“ hätte. War der Käfer hineingesteckt, so war die Sache erledigt. Ich habe mehrfach festgestellt, daß Schüler einen Schmetterling, auf den sie stolz waren, nicht einmal beschreiben konnten. Sie hatten ihn gefangen, ausgepleßt und niemals genau betrachtet, weder vorher noch nachher.“ Das sind zutreffende Einwände. Hoffentlich werden sie in einer Zeit, da „Naturstudium“ eine Notwendigkeit geworden ist, auch gehört. Es gibt genug andere Gegenstände, auf die man den Sammelwut der Jugend ablenken kann: am besten auf gute Bücher.

Der Ausbau des Krematoriums beschäftigt gestern den Bürgerausschuß. Beschlossen wurde die Aufstellung von Ofen zur Beheizung der Halle des Krematoriums sowie die Verbreiterung der Zufahrtswege nach dem Krematorium und des Platzes vor demselben, der auch wie der um das Krematorium laufende Wege befestigt werden soll. Der Einbau eines zweiten Verbrennungsofens wurde der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Stockelsdorf, der seitens der großherzoglichen Amtsanwaltschaft in Schwartau wegen Diebstahls und Hausfriedensbruchs rechtlich verfolgt wird.

pb. Selbst gestellt hat sich in verfloßener Nacht ein Kontorbote aus Bremen, unter der Selbstbezeichnung, seinem Chef 90 Mk. unterschlagen zu haben.

Im Panja-Theater tritt mit dem 1. November ein Programmwechsel ein. Die Sensation des neuen Spielplans wird Lotte Sarrum mit ihrem Stetisch „Die Ehebrecherin“ sein, der auch in Berlin große Erfolge erzielte. Eine Reihe weiterer erstklassiger Künstler wird dafür sorgen, daß niemand unbefriedigt das Panja-Theater verläßt.

Neues Stadttheater. Aus der Kasse wird uns geschrieben: „Flachsmann als Erzähler“, die erfolgreiche Komödie von Otto Ernst, wird noch einmal am Sonntag, dem 3. November, nach 3 Uhr, als zweite volkstümliche Vorstellung gegeben. Der Einheitspreis für jeden Platz beträgt 50 Pf., dazu 10 Pf. für Garderobe. Die Verlosung der Plätze findet am Freitag und Sonnabend in der Zeit von 5-9 Uhr abends an der Theaterkasse (Beckergarbe) statt.

Neues Stadttheater. Aus der Kasse wird uns geschrieben: Arthur Schnitzlers Tragikomödie „Das weite Land“ hat bei ihrer hiesigen Erstaufführung, wie vorausgesehen war, einen bedeutenden künstlerischen Erfolg gehabt. Auf die Wiederholung dieses hochinteressanten Wertes am Freitag, dem 1. November, sei darum noch einmal ganz besonders hingewiesen. Am Sonntag, dem 3. November, kommt nach sorgfältiger Vorbereitung die populäre burleske Operette „Autolibanen“ zur hiesigen Erstaufführung. Der Komponist, Jean Gilbert, hat mit dieser überaus lustigen Schöpfung den großen Erfolg seiner „Polnischen Wirtin“ noch weit übertroffen. Mit den verschiedensten Liebesliedern, von denen die Tanzlieder „Das haben die Mädchen so gerne“ und „Gräulein, könn'n Sie links rum tanzen?“ die bekanntesten sind, hat er Schläger geschaffen, die stets in eine fröhliche Operettenstimmung verlegen.

e. Stockelsdorf. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche am Dienstagabend im Gesellschaftshaus Paetow-Fladenburg abgehalten wurde, erzielte sich eines sehr guten Besuchs. — Aufgenommen wurden fünf Genossen und eine Genossin. Der Vorsitzende berichtete vom Provinzialparteitag Kiel. Die Diskussion betraf hauptsächlich den Maifonds. Sodann wurden vom Wahlkomitee die Kandidaten zur Gemeinderatsergänzungswahl bekannt gegeben, die auch von der Versammlung genehmigt wurden. Es wurde noch betont, sobald die Wahlerliste ausliegt, möchte jeder Wähler selbst Einsicht darin nehmen.

Hamburg. Ein Abtrünniger. Paul Bröcker, der jetzt eine Zeitschrift „Der Hamburger“ herausgibt, deren Verlag auch die Flugblätter des Hamburgerischen Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie druckt, war einstmalig Sozialdemokrat, wenigstens behauptete er es zu sein, als er von der sozialdemokratischen Partei eine Stellung wünschte. In den neunziger Jahren hatte er für den „Wahren Jakob“ eine preisgekürnte Maifeieritzze geschrieben, und auf Empfehlung der Preisrichter, der Genossen August Bebel, Clara Zetkin und Franz Mehring wurde er Redakteur am „Hamburger Volksblatt“. Als er dort fürs Arbeiten nicht zu gebrauchen war und mehrere Monate sein Gehalt ohne Gegenleistung eingefaselt hatte, wurde ihm gekündigt. Wieder auf Empfehlung der genannten Genossen kam er dann an unser Solinger Parteiblatt. Doch auch hier dauerte die Herrschaft nicht lange. Er kam in Streit mit seinem Kollegen, indem er es schließlich sogar zu einer Handlung brachte, die einer Denunziation des Kollegen und Parteigenossen bei der Polizei mindestens sehr ähnlich sah. Daß damit auch seine Solinger Laufbahn ein Ende nahm, ist selbstverständlich. Aber er hatte den Geschmack, doch noch drei Monate sein Gehalt von der sozialdemokratischen Partei entgegenzunehmen, ohne etwas dafür zu leisten. Als weitere Versuche, in der sozialdemokratischen Partei und ihren Instituten und Organen Geld zu verdienen, fehlgeschlagen, wandte er sich der bürgerlichen Journalistik zu, freilich einem durchaus unpolitischen Genre, das ihn mit seiner ehemaligen Parteizugehörigkeit nicht in Konflikt brachte. Aber der Mensch wächst mit seinen höheren Zwecken. Jetzt hat er in Hamburg sein Herz ganz entdeckt. Und er haut mit Karsten Brand, Günther, Thomas Schübbe und Konsorten auf den dortigen Jugendchirurgen-Ausschuß wegen dessen angeblich vaterlandslosiger Bestrebungen los. Und mörtlich sagt der Sozialdemokrat: „Wir wollen gerade Velestoff für unsere Jugend, der die Erziehung zur vaterländischen Gesinnung tendenziös anstrebt.“

Schönberg. Die Lage der ritterschaftlichen Lehrer in Mecklenburg-Strelitz ist noch immer denkbar klägliche. Sie sind noch immer Lehrer zweiten Grades. Das zeigt sich schon in ihrer Ausbildung. Nicht im Landesseminar zu Mirow erhalten sie ihre Ausbildung, sondern in der Rettungsanstalt Bethanien werden sie nach dreijährigem Dienst als Brüder zu Lehrern geseimpelt. Aber diese unzureichende Ausbildung ist nicht einmal nötig, um in der ritterschaftlichen Ritterschaft Anstellung als Lehrer zu finden, sondern die Ritter sind berechtigt, Lehrer anzustellen, die keine Lehrerbildungsanstalt von inwendig gesehen haben, deren Ordnung aus dem Jahre 1821 stammt, und in welcher „die nötigen Vorkenntnisse zur Erteilung des biblisch-religiösen Unterrichts“, „angemessene Kenntnis der deutschen Sprache“, „die ersten Anfangsgründe des Rechenunterrichts bis zur Bruchrechnung“ und „Singen der Kirchenmelodien“ gefordert werden. Noch heute machen einzelne Ritter von dieser gerechtfertigten Gebrauch, und die Ritterschaft wacht sorgfältig darüber, daß diese Bestimmung nicht geändert wird. Dann könnte ja Lehrermangel eintreten und mit ihm als Folgeerscheinung die Notwendigkeit der Aufbesserung der Lehrergelälter. Diese sind zurzeit tatsächlich unter aller Kritik. Das Anfangsgehalt von 1000 Mk. setzt sich zusammen aus hoch und zu hoch eingeschätzten Naturalien (564 Mk.) und Barghalt. Dazu kommen sechs Alterszulagen von je 100 Mk. nach je vier Dienstjahren. Pensionsberechtigung tritt für den ritterschaftlichen Lehrer erst nach 20jähriger Dienstzeit ein. So lange muß er bei der Alters- und Invalidenversicherung stehen, um sich für den Fall, daß er dienstunfähig wird, eine Rente zu sichern. Das schlimmste aber ist, daß der ritterschaftliche Lehrer der willkürlichen Kürzung seitens der Gutsherrschafft ausgesetzt und infolgedessen vogelfrei ist. Dies Gespenst verfolgt ihn in sein Alter hinein. Denn wenn auch der Ritter nach 20jähriger Dienstzeit Pension zahlen muß, so ist diese doch so gering, daß er davon nicht leben kann. Sie beträgt 564—1012 Mk., kaum zum Sterben zu viel, sicher zum Leben zu wenig. Der ritterschaftliche Lehrer ist darauf angewiesen, in den Stellen zu sterben. Daß die Witwen- und Waisenversorgung alles zu wünschen übrig läßt, ist ohne weiteres verständlich. Die Hinterbliebenen eines Lehrers muß fast ganz auf die Barmherzigkeit ihrer Mitmenschen angewiesen. — O, welche Lust, ritterschaftlicher Lehrer zu sein!

Verantwortlich für die Rubrik „Lübed und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten Inhalt Johannes Stellung, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedrich Meyer & Co. **Sämtlich in Lübed.**

Große Volksversammlungen

finden statt, in
Schlutup, am Sonnabend, dem 2. November 1912
abends 8 1/2 Uhr
im Gasthaus „Zur Post“,

Schönböden, am Sonntag, dem 3. November 1912
nachmittags 3 1/2 Uhr
im „Steinrader Baum“.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:

1. Der Balkanrieg und die Weltpolitik.

Referent: Parteisekretär W. Bromme-Lübeck.

2. Freie Aussprache.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Sorgt für einen Massenbesuch dieser Versammlungen.

Die Einberufer:

C. Ackermann, Schlutup.
J. Schwentuchowski, Schönböden.

Johannes Holst
Kohlmarkt 6, Markt 6.

Bettfedern und Daunen
Pfd. 48, 95, 1.25, 1.60, 1.85,
2.20, 2.85, 3.50, 4.00, 5.25.

Federdichte Inletts
Meter 70, 1.25, 1.38, 1.68, 1.95
4067) 2.10, 2.45, 3.00.

**Arbeiter-
Zorn-
Berein
Lübeck.**

Männer- und Büglings-Abteilung
Dienstag u. Donnerstag 8-10 Uhr.

Frauen-Abteilung
Mittwoch 8-10 Uhr.

Alterstriege
Montag 8 1/2-10 Uhr.

Knaben-Abteilung
Mittwoch u. Sonnabend 6 1/2-8 Uhr.

Mädchen-Abteilung
Dienstag u. Donnerstag 6 1/2-8 Uhr.

KOMMERS
am Sonnabend, dem 2. Novbr.

Anfang 9 Uhr.

Geschlossene Gesellschaft.

Der Vorstand.

4578)

Zentral-Hallen kein Tanz

Heute Donnerstag 4577

Bienenfleiss.

3985

Neues Stadttheater.

Freitag, den 1. November.
40. Vorst. i. B.-Ab. 7. Vorst. i. Freitag-Ab.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Das weite Land.
Tragikomödie von Artur Schnitzler.
Mittelpreise.

Sonnabend, den 2. November:
41. Vorst. i. Voll-Ab. 4. B. i. Sonn.-Ab.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende geg. 10 1/2 Uhr.

CARMEN.
Oper von G. Bizet.
Große Preise. (4576)

In Vorbereitung: **Autoliebchen.**
Burleske Operette von Jean Gilbert.

Die Ausgabe der Abonnements-
karten für die zweite Rate findet
noch bis Sonntag, den 3. Novbr.,
von 11 bis 2 Uhr, an der Theater-
Kasse (Gingang Biedergrube) statt.

Gustav Jäde, Lübeck Holstenstraße 1
Fernsprech. 761

Herrn- u. Knabengarderoben — Spezialität: Berufskleidung,
Großes Lager in Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffen,
Leinen- und Baumwollwaren, Bettfedern und Daunen, Teppiche,
Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Buxkin, Schlaf-
u. Reisedecken, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche,
Regen-, Sonnenschirme, Unterröcke, Schürzen, Korsetts, Strümpfe,
Handschuhe, Schlipse etc.

aussteuer-Artikel.

Praktischer Wegweiser

Erscheint einmal wöchentlich • empfehlenswerter • Zur Beachtung • Geschäfte • empfohlen

**Kenner bevorzugen
das gute Lübecker
Bürgerbräu**
Aktienbierbrauerei Lübeck

Alumin.-Geschirr

Billigste Bezugsquelle
für Öfen, Herde, Gaskocher,
Grüdoöfen

Adolf Borgfeldt
Fornat 572 Nühlenstr. 36-40

Brot-Fabrik

Lübecker Central-Brotfabrik
Rich. Spangenberg

Lindensstr. 20-22. Fernruf 256
„Juwelbrot“
velschmeckendes Brot u. Mährbrot
Backwaren jeglicher Art.

Arbeiter-Artik. Manufakturw.

Otto Albers
Markt 4 Kohlmarkt 10
Viel bewährte Bezugsquelle für
Manufakturwaren und
Garderoben aller Art

Pflanzen- Butter

Delikates-Eigeiß-
Pflanzenbutter
Edel-Margarine
„**Heimchen**“
das Pfund 80 Pfg.
Otto H. U. Voigt
Johannisstraße 22

Arbeiter- und Berufskleidg.

J. H. Peim
am Markt
Herrn- und Knaben-
Garderobe,
Bereitscheidung,
Hüte und Mützen.

Cigarrenhdlg.

Elisabeth Sühr
Untertrave 20.
Cigarren, Cigaretten, Pfeifen.
H. Möller
Holstenstraße
42

Bäckereien

Nicolaus Groß
Fähr-Grüßlwaren
Alstr. 32.
P. Johannes
Konditorei
Fährmarkt 31

Eisenwaren u. Werkzeuge

G. Kagel & Co.
Sa nstr. 18 Tel. 357

Brauereien

Trinkt
Adler-Biere

Fleisch- und Wurstwaren

Ch. Hamann
Schlachtere
Markt 7 Kohlmarkt 4
Telephon 8923

Trinkt

H. Lück
Brauerei zur
Waikmühle

Gesundheits- Brot

Verlangt
Simonsbrot
Vollkornbrot u. reinen Roggen
Mehlbrotchen mit Lebertran
- ärztlich empfohlen! -
Erschließlich in 54 Niederlagen.

Trinkt

Kieler Schloßbräu
Vertrieb
für Lübeck und Umgegend:
Fr. Kropf, Brauerei Osthar
Glockenstraße 27.

Glas, Porzellan

**ARNOLD
BERG**
Breitestrasse 35.

Kaufhaus Siegfried Ittmann

Breite Str. 33, 1. Etage

Einzel-Möbel Herren-, Damen- u. Manufaktur-Waren
sowie kompl. Kinder-Konfektion Wäsche, Teppiche,
Wohnung.-Einrichtg. Arbeiter-Garderob. Kinderwagen etc.

Auf Teilzahlung
in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten

Garten- Sämereien

Friedrich Michael
Breitestraße 49

Lederwaren u. Reiseartikel

J. H. Busson
Sattler, Sandstr. 8
Portemonnaies
Lederwaren
Brieftaschen
Ränzel
Schultaschen
Rucksäcke

Herrenartikel

Heinrich Waller Breite
Str. 68.
Spez.-Geschäft in Handschuhen
u. Krawatten, Herren-Wäsche.

Ernst Wehde
Beckergrube 33
Hüte, Hügen.

Kolonialwaren u. Kaffeeröst.

Fritz Kruse
Inhaber: Paul W. Pötter
Schüsselbuden 72
Kaffee's
sämtlicher Preislagen von
Mark 1.40 an

Reit- und Fahr-Artikel

Wilh. Krautzfeldt
Lederhandlung, sämtl. Reiterartikel:
Fischergrube 23

Kinotheater

**Metropol-
Theater**
Nur Breitestr., beim Rathause
Tägliche amsterdamer Vor-
stellung von 4-11 Uhr.
Jeden Sonnabend u. Mittwoch
neues Programm.
Sonntag nachm. v. 2-4 Uhr-Vorstellung

Mineralwasser u. Spirituosen

J. C. Wessel
Gr. Gröpelgrube 21-23 Tel. 750.

Lichtspiele

**Neues
Lichtspiel-Theater**
Breitestr. 13 neben Hansa-Café
Größe, am besten ventiliertes
u. der Neuzeit entsprechendes
Lichtspiel-Etablissement.

Verlangen Sie Bunteküh-Kümmel

Dr. Nibel Spezialfabr. karalkalkfreier
Getränke. Tel. 1070.

Theater

Besuche das
Variété International
Untertrave 42

Meierei

HANSA-MEIEREI
Lübeck's Ammer
Milk u. Milchprodukte
in anerkannt bester Qualität

Möbelmagazin

Herm. Rist Hunde-
Str. 18.
billigste Bezugsquelle
Eig. Tischler- u. Tapezierwerkst.

Musikinstrum.

Meyer & Eggert
Königsstraße 116.

Öfen und Herde

F. STEEN
Wahnstraße 58
Irdenes Gebrauchsgeräth

Photographien

Samson & Co.
Breitestraße 39.
Erstes Atelier mit
- billigen Preisen -
Amateur Bedarfsartikel.

Tapeten

Fritz Rehm
Beckergrube 20.

Treibriemen u. Sattlerwaren

H. Köppke & Eggert's
Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr
Reise-Utensilien, Schulmapp.
Taschen, Portemonnaies etc.
Hühstraße 29.

Thüringer Wurstfabrik

Ihre Fabrikate empfiehlt
angelegentlich die
Thüringer Wurst- und Fleisch-
Konserven-Fabrik
August Scheere, Lübeck
Beim Retteich 14
Auf sämtl. Waren 4% Rabatt

Uhren- und Goldwaren

L. Behnfeldt, Uhrm.
Uhren-Rep.- Werkstatt,
Pflaßstraße 4.
A. Matern
Schweizer Uhren-Rep.-Werkst.
Bes. Rep. 43 v. 1. Kalbergs Variété

Eutin

Deutsches Haus
Kleiserstr. 7
hält sich Voreins u. Touristen
bestens empfohlen.
Paul Schröder.

Ludw. Grandt

Tischlerei und Möbelmagazin

Schuhwarenhaus R. Bendt
beste Bezugsquelle in Arbeiter-
schuhen sow. auch bes. Schuhwar.

Nöln

Otto Greve
Gastwirtschaft und Destillation.

Wilh. Lübcke
Restaurant Lübecker Hof
Club- und Balllokal. Kegelbahn.

Rud. Hübener, Uhren u.
Goldwar.

Ludw. Kuhn, Herr.- u. Damenh.
Mützen, Pelzwar.

Chr. Voss & Sohn, Schuhwaren u.
Repar.-Wkst.

Schlutup

Otto Liebenow
Uhren, Goldwaren, Musikwerke
- Eigene Reparaturwerkstätte. -

W. Richter
Uhren u. Goldwaren
nebst eigener Reparaturwerkstatt

Gastholz-Post H. Vetter
Empfehlensw. Lokal.

Hugo Krogmann Photographisches
Atelier.

Ad. Saborowski Verkehrslokal
d. Gewerkschaft.

Schwartau

Herm. G. Schmidt
Markt 18
Uhren, Goldwaren u. Reparaturen.

Adler-Drogerie Inh. Haas Grapp
Farben, Lacke, Kräftigungsmittel.

Alb. Cleid Schlachtere
ff. Fleisch- u. Wurstwar

A. Klünder Schuhwarenhaus
Markt 17.

Rob. Pinkert Verkehrslokal der
freien Gewerkschaft.

L. Schaap Manufakturwaren
Arbeitergarderobe.

Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus.

Erster Tag.

Die Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus, was im Brüsseler Volkshaus zu einer zweitägigen Tagung... Es sind anwesend: Gaase, Walkenbuh, Kautsky...

Das Bureau beschließt, nur die Vertreter der täglich erscheinenden Zentralorgane der angeschlossenen Parteien zuzulassen, und tritt sofort in die Beratung des ersten Punktes der Tagesordnung ein.

Die internationale Lage und die Kriegsgefahr.

Dr. Victor Adler: Das internationale Proletariat befindet sich zurzeit in der schwierigsten Lage, soweit man nur zurückdenken kann. Die Gefahr eines europäischen Krieges...

Vaillant (Frankreich) spricht in demselben Sinne und weist auf das Manifest hin, das bereits von der französischen Partei veröffentlicht worden ist...

gebührt es, durch die Herausgabe eines entsprechenden Manifestes zu dieser Agitation das Zeichen zu geben. Den Herrschenden soll die Haltung des Proletariats die Gefahr vor Augen führen...

Gaase (Deutschland): Die deutsche Sozialdemokratie hat die Gefahr, die die Ereignisse auf dem Balkan für den Frieden in Europa bieten, von vornherein in ihrer ganzen Tragweite erkannt...

Jaurès (Frankreich): Ueber das Prinzip der Bekämpfung aller Interventionsgelüste sind wir alle einig. Wir müssen uns aber, speziell nach den gestrigen Erklärungen des französischen Premierministers Poincaré...

Meinung machen können, als mit einem Manifest des Bureaus. Die französische Delegation wird deshalb vorschlagen, das Datum des nächsten Kongresses näher zu rücken...

Rosa Luxemburg (Polen): Das Manifest des Bureaus sollte Erwägungen über die eventuelle Haltung der Diplomatie, wie sie Jaurès angestellt hat, und die immer auf sehr schwer berechenbaren Momenten und Mutmaßungen beruhen...

Der Vorsitzende verliest hierauf einen von Karl Kautsky verfaßten Entwurf eines Manifestes. Damit bei der Redaktion des Manifestes eventuell der mit der internationalen Lage zusammenhängenden Entschließung des Bureaus...

Das Bureau tritt nunmehr in die Diskussion ein über die Anträge, die den

Zeitpunkt des nächsten internationalen Kongresses

betreffen. Als erster Redner spricht Vaillant: Der vor mehreren Wochen eingebrachte holländische Antrag, den Zeitpunkt des nächsten in Wien abzuhaltenen Kongresses...

Es entspinnt sich nun eine Debatte sowohl über die von Vaillant aufgeworfene Kompetenzfrage des Bureaus wie über die sachliche Berechtigung des holländischen Antrages selbst.

Vanderweide macht hierauf im Namen der belgischen Delegation und des Exekutivkomitees des Internationalen Bureaus folgenden Vorschlag: Das Bureau solle in möglichst kurzer Frist eine besondere Konferenz einberufen,

Booby-Island.

Australische Skizze von Friedrich Gerstäcker.

4. Fortsetzung und Schluß.)

Kapitän Powel warf den Blick umher, und dem Kopf trat einmal mit dem Kolben seines Gewehres einen Stoß in den Nacken gebend, der ihn vorüber sandte...

„Jetzt dürfen wir nicht mehr schonen — haltet in den nächsten Klumpen hinein, sobald sie näher kommen. In den vorantenden Kanoes können sie mit ihren Lanzen doch nicht merklich treffen — du, Peter, nimmst die anderen, ziel und schieß — wenn du fehlst, sind wir verloren.“

Zwei von den anderen dagegen kamen, so rasch sie die Schilde vorwärts treiben konnten, an, und alle trugen auf dem eisenharten Holz der äußeren Palmrinde geschnittene Ruder. Diese aber, schwer und an den Rändern scharf zerschnitten, können ebenfogut als Keule dienen...

„Noch einen Schuß, Zimmermann,“ rief der Kapitän, „und schißt auf die Kanoen, die sich wieder an den Felsen zeigten, und schickte dann die andere Ladung mitten in die Kanoen, die jetzt dicht neben dem Boot ans Ufer liefen.“

Wieder der Knall über das Wasser, und diesmal hatte Matrose nur das erste Boot voll aufs Korn genommen, dem er aber eine arge Verwüstung anrichtete.

„Mutter,“ rief der Kapitän, „alles klar, Sir,“ lautete die Antwort. „An Bord denn und fort — die Sonne ist gleich unter und nach Dunkelwerden möchte ich nicht mehr in der Nähe der schwarzen Felsen sein.“

blick nur schienen gewartet zu haben, aus der Höhle sprangen und jetzt ihrerseits mit den Lanzen auf die Feinde einströmten. Der Angriff kam aber zu plötzlich und aus zu unmittelbarer Nähe, und ohne sich nur zu besinnen, sprang die ganze Mannschaft der Kanoes über Bord und tauchte unter.

In dem Moment schien es fast, als ob sämtliche Schwarze von der Insel verschwunden wären; aber der Kapitän traute ihnen nicht und benutzte die ihm vergönnte Zeit, um rasch die abgehobenen Gewehre wieder zu laden, während die Seeleute indeß in aller Hast das schon bis an den Eingang gewälzte Faß Wasser jetzt aufhoben und heraustrugen.

Ihr Boot wurde übrigens durch den neuen Proviant, besonders durch das Faß Wasser bedenklich tiefer geladen. In der Straße selber wäre das bei dem spiegelglatten Wasser gangbarer, jetzt aber, wo sie in den Indischen Ozean einlaufen wollten, mußten sie wenigstens darauf vorbereitet sein.

„Schaffst das Kanoe herbei, Jungens!“ rief er, einen Blick umherwerfend, „das nehmen wir ins Schlepptau, bis wir draußen in See erst alles richtig weggestaut und geordnet haben.“

„Fertig alles?“ rief der Kapitän. „Alles klar, Sir,“ lautete die Antwort. „An Bord denn und fort — die Sonne ist gleich unter und nach Dunkelwerden möchte ich nicht mehr in der Nähe der schwarzen Felsen sein.“

Der Befehl wurde fast so rasch ausgeführt, wie er gegeben worden, denn sie waren mit steigender Flut gelandet und das Wasser mochte in der Zeit fünf bis sechs Zoll gewachsen sein. Die Leute sprangen alle in die Flut, um es zurückzuführen. Zwei von ihnen nahmen dann das Kanoe und den eben mit einem Korb Zwieback zurückkommenden

Jungen ein, und wenige Minuten später stiegen sie von der Küste ab — aber der Kapitän hielt noch nicht in See hinaus.

„Eine Lektion müssen wir den Burken noch geben,“ jagte er finster, „daß sie später das Eigentum der Weißen mehr respektieren lernen oder wenigstens in einer heillosen Furcht gehalten werden.“

Der Zimmermann tat dies mit Vergnügen, und das Fahrzeug wahr im Nu unbrauchbar gemacht; dann nahmen sie ihren Kurs um die Insel herum, um die übrigen ebenfalls abzuschnelden und die Schwarzen dadurch auf der Insel zu halten, bis ein größeres Schiff dort landete.

Der Kapitän war überzeugt, daß sie, sobald das Boot nur außer Sicht wäre, augenblicklich nach der Insel zurückkehren würden, nicht allein um ihre Toten abzuholen, sondern auch die begonnene Plünderung zu beendigen.

Das Boot hielt, nachdem sich die Leute an dem erbeuteten Wasser gelabt, eine nordwestliche Richtung bei, um irgend eine der Inseln des ostindischen Archipels anzulanden, schon am zweiten Tage aber sichteten sie eine portugiesische Brigg, die, von Europa kommend, nach der portugiesischen Besitzung von Timor bestimmt war.

Der Kapitän machte allerdings in Singapore die Anzeige des zerstörten Depots auf Booby-Island, und ein nach Australien bestimmtes Kriegsschiff bekam auch Auftrag, dort anzulanden; als es aber mit dem nächsten Konsum Booby-Island berührte, fand es in der Höhle nur noch einen Haufen verworrenes Fleisch, den die Schwarzen verschmätzt hatten.

zu der alle europäischen bei der Internationale angeschlossenen Parteien eingeladen werden sollen, mit dem einzigen Punkt als Tagesordnung: Die internationale Lage und die Verständigung der sozialistischen Parteien Europas über eine gemeinsame Aktion gegen den Krieg. Die Konferenz könne vielleicht um die Weihnachtszeit in der Schweiz stattfinden. Sie würde sich nur dadurch von einem ordentlichen Kongress unterscheiden, daß aus Zweckmäßigkeitsgründen nur die europäischen Parteien eingeladen werden und die Tagesordnung nur den einen Punkt enthalten würde. Der in Wien abzuhaltende ordentliche Kongress könne dann um ein Jahr verschoben werden. Die vorgeschlagene Konferenz würde in ähnlicher Weise und mit ähnlicher Stimmenteilung zusammengesetzt sein, wie die ordentlichen Kongresse.

Zurés kann sich nur dann dem Vorschlag Bänderweldes anschließen, wenn dieser dahin abgeändert wird, daß es sich um einen wirklichen außerordentlichen Kongress der Internationale handelt. Wenn der Kongress erst um Weihnachten stattfindet, so kann jede außeruropäische Nation, die telegraphisch eingeladen wird, ohne besondere Schwierigkeiten Vertretung entsenden. Man beschicke also einfach die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Kongresses.

Landernede schließt sich auch im Namen des Exekutivkomitees dem Abänderungsvorschlag Zurés an, worauf Vaillant erklärt, daß die französische Delegation darüber befriedigt sei.

Eine Debatte, an der die Genossen Adler, Branting (Schweiden), Studer (Schweiz), Wolfenbutz und Haase (Deutschland), Zurés, Troelstra (Holland), Bänderweld (Belgien) und Diamand (Polen) teilnehmen, wird nunmehr geführt über den Umfang der dem außerordentlichen Kongress zu gewährenden Kompetenzen, die Formulierung der Tagesordnung und die Vorbereitung der Diskussion.

Auf Einwände hin, die von den deutschen Delegierten vorgebracht worden waren, erklärt Zurés, im Sinne seines Antrages hätte der außerordentliche Kongress nicht zur Aufgabe, bestimmte feste Formeln für die proletarische Aktion gegen den Krieg in jedem der einzelnen Länder aufzustellen; das müße jeder Nation im Rahmen ihrer besonderen nationalen Verhältnisse überlassen bleiben. Der Kongress solle für diese Aktion im Sinne der Kopenhagener und Stuttgarter Beschlüsse nur die Grundlage schaffen und die Frage zu besprechen, daß nicht die trennenden theoretischen Momente, sondern die einigenden Momente des gemeinsamen Willens, den Krieg zu bekämpfen, in den Vordergrund treten; keine Nation solle die andere zu majorisieren suchen, und die anzunehmende Resolution könne nur so redigiert sein, daß sie für alle Nationen annehmbar sei, weil sie für alle nur das festlege, was für alle durchführbar ist. Auch in diesem Falle ist der Rahmen weit genug für eine wichtige, und nicht etwa auf bloße allgemeine Nebensachen beschränkte Rundgebung des Willens der Internationale, alles Mögliche für die Erhaltung des Weltfriedens anzubieten.

Nach dieser Erläuterung erklärt Haase im Namen der deutschen Delegation, diese werde für den Antrag Bänderweldes zustimmen.

Der Antrag wird daraufhin unter lautem Beifall einstimmig angenommen. Er hat folgenden Wortlaut:

Das Internationale Sozialistische Bureau beschließt, in möglichst kurzer Frist einen außerordentlichen Kongress einzuberufen, zu dem alle der Internationale angeschlossenen Parteien eingeladen werden sollen, mit dem einzigen Punkt als Tagesordnung: Die internationale Lage und die Verständigung der sozialistischen Parteien über eine internationale Aktion gegen den Krieg.

Der internationale Sekretär Junsmans teilt mit, daß das Exekutivkomitee sobald wie möglich den genauen Zeitpunkt und den Ort dieses Kongresses feststellen und bekanntgeben wird. Er wird jedenfalls vor dem 1. Januar 1913 stattfinden, voraussichtlich um die Weihnachtszeit. Als Ort der Tagung wird zunächst eine größere Stadt in der Schweiz ins Auge gefaßt.

Mit allen Stimmen gegen die der drei englischen Delegierten wird sodann der zweite Teil der Resolution angenommen, monach der nächste ordentliche Kongress soll 1913 stattfinden. Das Bureau beschließt ferner, daß die dem außerordentlichen Kongress zu unterbreitende Resolution vorher von einer fünfgliedrigen Kommission ausgearbeitet werden soll, in der Deutschland, Frankreich, England, Dänemark und Rußland je einen Vertreter haben werden.

Die Sitzung wird hierauf auf Dienstag vertagt.

Die Generung.

Die Stadtverwaltung von Alenburg hat den Bezug von dänischem Rindfleisch in die Wege geleitet. Die erste Sendung dänischen Fleisches, einige 60 Zentner, traf am Montag dieser Woche ein. Fast die Hälfte wurde an die Städte Ronneburg, Schmölln und Göpzig abgegeben. 30 Rinderviertel blieben zur Verteilung an die Fleischerzünfte Alenburg, die den Verkauf übernommen hat, übrig. Auf den Alenburger Konsumverein, der die größte Schlächterei am Orte hat, entfielen zwei Rinderviertel im Gesamtwert von 250 Pfund. Und davon sollen 5000 Menschen satt werden! Ein Tropfen auf den heißen Stein. In Ronneburg, Schmölln, Lusa und Göpzig haben sich die Fleischer geweigert, den Verkauf des eingeführten dänischen Fleisches zu übernehmen. Die Verwaltungen dieser Städte müssen nun das Fleisch durch Landtschlächter, zum Teil auf der Freibank verkaufen lassen. In Kahlitz hat die Stadtverwaltung den Verkauf des eingeführten Fleisches von vornherein selbst übernommen. In Dornhain hat die Stadtverwaltung vom Bezuge dänischen Fleisches Abstand genommen, nachdem einige Schlächter den Fleischpreis auf 90 Pfg. erniedrigten. Das von der Stadt Alenburg eingeführte dänische Fleisch ist von besserer Qualität und wird je nach Art, ob Brainfleisch oder Suppenfleisch erster und zweiter Güte zu 80, 75 und 65 Pfg. abgegeben. Zoll- und Transportkosten trägt die Staatskasse.

Der Stadtmagistrat Augsburg hatte vor einiger Zeit beschlossen, dänisches Fleisch einzuführen und den Metzgermeistern zum Einkaufspreis zu überlassen. Diese wollten das Fleisch mit einem Aufschlag von 12 Pfg. pro Pfund weiter verkaufen. Von diesem Angebot machten jedoch nur wenig Metzgermeister Gebrauch, daß die Stadtgemeinde Bezugsabnahme nahm, den Verkauf des eingeführten Fleisches selbst in die Hand zu nehmen. Der Verkauf des Fleisches erfolgt in drei städtischen Fleischverkaufsstellen, der Absatz geht zum Preise von 74 Pfg. pro Pfund flott von herten.

Die Stadtgemeinde hat dann auch lebendes Schlagschweine aus Holland eingeführt. Soweit diese Tiere von den Metzger nicht verkauft werden, erfolgt die Schlachtung und der Verkauf des Fleisches durch die Stadtgemeinde selbst. Der Preis dieses Fleisches stellt sich auf 56 Pfg.

für Ochsenfleisch und 82 Pfg. für Mastfleisch und ist um 15 bis 25 Pfg. niedriger als das von einheimischen Tieren.

Die Stadt Alenstein, eine große Garnisonstadt Ostpreußens, darf kein Fleisch aus Rußland einführen. Die Stadtvorordnungsammlung hatte einen Betrag von 15 000 Mark zur Einfuhr russischen Schweinefleisches bewilligt. Dem Magistrat wurde jedoch die nachgesuchte Erlaubnis zur Einfuhr von Fleisch aus Rußland nicht erteilt. Die Regierung erklärte dem Magistrat einfach, sie gebe das Gesuch an den Minister nicht weiter, da sie es nicht befürworten könnte! Man führt dieses Verhalten der Regierung auf den aus agrarischen Kreisen laut gewordenen Protest gegen die Fleischeinfuhr zurück. Das ist geradezu unerhört, zumal in den ostpreußischen Städten die Fleischpreise genau so hoch sind, wie in den Großstädten.

Das Standrechtsgesetz in Bayern.

Der Blutgeruch des Krieges, der alles Recht zum Schweigen bringt, unwirkt auch die Verhandlungen, die im Frieden die Aufhebung des Rechts parlamentarisch vorbereiten. Und das bayerische Gesetz über das Standrecht, das nach 42 Jahren auf einmal in wenigen Stunden fertiggestellt wurde — in einer Ausschuß- und einer Plenarsitzung —, wurde auch in einer Art von standrechtlichem Verfahren exekutiert.

Wenn die Sozialdemokratie als einzige Partei grundsätzlich gegen das Standrecht (d. h. gegen die Aufhebung des Rechts) und gegen die Todesstrafe sich erklärt und deshalb gegen den Entwurf stimmen muß, so dient sie damit lediglich dem Schutze Unschuldiger. Es ist ein durch die ganze Welt- und Kriegsgeschichte widerlegter Aberglaube, daß die Todesstrafe und die Aufhebung des Rechts Verbrecher und Spione abzuführen vermag. Diese Personen treiben ihr Handwerk auf die Hoffnung hin, nicht erwischt zu werden, und es ist ihnen ganz gleichgültig, ob man ihre Verbrechen mit Tod oder Zuchthaus bedroht, ob man sie standrechtlich oder gemeinrechtlich aburteilt. Würden Todesstrafe und summarisches Verfahren Kriegsverbrecher und Spione abschrecken, so gäbe es längst derartige Menschen nicht mehr. Drei Handlungen verhindert man auch durch die grausamsten Strafen und die schlimmste Willkür des Rechtsverfahrens nicht; und unschädlich kann man diese Leute auch durch Zuchthaus und bürgerliches Prozeßverfahren machen. Wohl aber würde der Verzicht auf Todesstrafe und Standrecht verhindern, daß an Unschuldigen unjähnbare Standrechtsirrtungen verübt werden.

Judem ist der Entwurf über den Kriegszustand, der mit dem Leben wie mit Würfeln spielt, ganz offenbar Hals über Kopf ausgearbeitet. Das wird schon dadurch bewiesen, daß sogar der Kanzelparagraf und der (ursprünglich gegen die Jesuiten und Orden gerichtete) Geheimbundparagraf in den Regierungsentwurf hineingefügt war. Im Ausschuß verzichtete dann die Regierung auf diese Paragrafen, die aber eine Reihe weiterer „politischer“ Paragrafen nach sich zogen. Auch auf den § 130 (Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander) wollte man nicht verzichten; angeblich aus Rücksicht auf die Pöbel, wo von Elend-Lothringen aus die Bevölkerung aufgeheizt werden könnte.

Die Plenarverhandlungen in der bayerischen Abgeordnetenversammlung, die sich bis in den späten Abend hineinzogen, bestätigten durchweg die Beschlüsse des Ausschusses. Die Sozialdemokratie stellte eine Reihe von Anträgen, die bezweckten, unklare Bestimmungen des überfüllten Gesetzes unzulässig zu formulieren und jeden Mißbrauch zu politisch wirtschaftlichen Zwecken auszuschließen. Alle diese Anträge wurden abgelehnt; auch die Liberalen stimmten mit einer Ausnahme dagegen.

Die Debatten begannen mit kurzen Erklärungen des Justiz- und des Kriegsministers, denen sich Erklärungen der bürgerlichen Parteien anschlossen. Die Sozialdemokratie verzichtete auf solche Generalerklärungen; sie gab ihren Anschauungen bei den einzelnen Paragrafen Ausdruck. Beide Minister versicherten, daß das Gesetz lediglich militärische Zwecke verfolgen und keinerlei politisch wirtschaftliche Nebenabsichten habe. Der Kriegsminister enthalte, daß diese „Lücke“ seit Jahren von der Kriegsverwaltung schwer empfunden worden sei. Umso unbegreiflicher, daß man sie erst nach 42 Jahren in letzter Stunde einem todmüden Parlament haßt und ohne gründlichere Durcharbeit zuflößt!

Die bürgerlichen Parteien erklärten trotz mancher Bedenken ihre Zustimmung und sprachen die Hoffnung aus, daß die Anwendung des Gesetzes recht lange auf sich warten lassen möge. Die sozialdemokratischen Anträge begründeten die Genossen Süßheim und Müller-Mündgen. In allen Fällen vergebens. Bezeichnend war in den Debatten, daß der Referent des Ausschusses, Hr. v. Mallen, gelegentlich — zu der Interpretation der Bestimmungen — die mildereren Auffassungen der Regierung wieder verschärfte. Und weiter ist höchst beachtenswert, daß jede ungewöhnliche Umgrenzung der standrechtlichen Straffälligkeit der Presse verweigert wurde. In dem Gesetz wird z. B. — eine ungeheure Verschärfung des zugrunde liegenden preussischen Gesetzes von 1851 — der Artikel 6 des Ausführungsgesetzes zur Reichsstrafprozessordnung vom 18. August 1879 dem Standrecht unterstellt. Dieser Artikel unterwirft, seinem Wortlaut nach, die Presse der vollständigen Verfügungsgewalt der Staatsregierung. Genosse Müller fragte den Minister, welche Bedeutung diese Bestimmung habe. Der Justizminister gab auf diese Anfrage keine Auskunft und gab damit zu, daß die Willkür gegen die Presse überhaupt unbegrenzt sein soll. — Der Entwurf wurde mit 117 gegen 21 sozialdemokratische Stimmen angenommen.

Aus der Partei.

Gemeindeauswahl. Bei den Gemeinderatswahlen in Oberstein (Fürstentum Birkenfeld) errangen unsere Genossen von 15 zu vergebenden Eigen fünf

Beschneidung. Zu 50 Mk. Geldstrafe wurde vom Schöffengericht in Hof i. B. der verantwortliche Redakteur unseres hiesigen Parteiblattes, der Gen. Seidel, verurteilt, weil die „Obersteirische Volkszeitung“ in einem Bericht über die Entlassung eines Arbeiters in der Spinneret und Weberei zu Schwarzenbach a. S. den Ausdruck „gehandelt“ hatte, die Entlassung sei „in wenig humaner Weise“ erfolgt. Dem Antrag wurde der Schuß des § 193 Str.-G.-B. verweigert, obwohl das Landgericht Hof im Mai 1911 in einem ähnlichen Falle dem Redakteur des lokalen Teils der Arbeiterpresse das Recht zugestanden hatte, Mißstände in der Behandlung von Arbeitern in Hofer Betrieben zur Wahrung der Interessen der Arbeiter in der Zeitung zu besprechen und zu kritisieren.

Vom Fortschritt der Parteipresse. Am letzten Sonntag veranstalteten die Elberfeld-Barmer Parteigenossen eine Hausagitation für die „Freie Presse“ mit dem Erfolge, daß sie 1000 Abonnenten gewannen.

Internationales Sozialistisches Bureau. Am Schluß der Sitzung vom Dienstag wurde mit allen Stimmen gegen die der tschecho-slawischen Delegation beschlossenen, die zentralistische tschechische Partei als Untersektion der tschechischen Sektion der Internationale anzuerkennen.

Lohnbewegung in der Binnenschifffahrt.

Die gesamten Schiffsmannschaften, soweit die Stromgebiete Elbe, Moldau, Saale, Havel, Märkische Wasserstraßen und Oder in Betracht kommen, befinden sich in einer Lohnbewegung. Für das Gebiet Elbe, Moldau, Saale, Havel und Märkische Wasserstraßen wurde im Jahre 1909 zwischen dem Arbeitgeberverband für Binnenschifffahrt, dem Transportarbeiterverband und dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer ein Vertrag abgeschlossen bis zum 31. Dezember 1912. Für die Oderschifffahrt schlossen dieselben Organisationen dann 1911 einen Vertrag ab ebenfalls bis 31. Dezember d. J. Der erste Vertrag sah eine Kündigungsfrist nicht vor, läuft also ohne weitere Formalitäten ab, wohingegen der Odervertrag von den Arbeitnehmerorganisationen zum 1. November gekündigt ist. Zu gleicher Zeit werden dem Arbeitgeberverband die Forderungen unterbreitet.

Die Forderungen, die der Transportarbeiterverband für die Steuerleute und Bootsleute auf der Elbe, Saale, Havel und Märkische Wasserstraßen stellt, sind äußerst minimal. Die Lohnforderung beträgt durchweg 5 Mk. pro Monat. Jetzt beträgt der Lohn für Bootsleute 115 Mk. pro Monat, gefordert werden pro Tag 4 Mk., also 120 Mk. monatlich. Im Durchschnitt wird für Steuerleute auf Rähnen 140–150 Mk. gefordert; bisher wurden 135–150 Mk. bezahlt.

Die minimalen Forderungen haben ihre Ursache darin, daß das Hauptgewicht auf die Arbeitszeitregulierung während der Fahrt gelegt wird, also Einführung der Nachtruhe in der Binnenschifffahrt. Weiter sind Forderungen gestellt, die die größten Mißstände in der Sonntagsruhe beseitigen wollen.

Die Dealeute fordern eine höhere Entschädigung für Überstundenarbeit beim Löschen und Laden in den Häfen und auf den Umschlagplätzen. Die übrigen Forderungen — der Entwurf weist 12 Positionen auf — sind nicht von einschneidender Bedeutung.

Die Forderungen der Steuerleute und Bootsleute auf der Oder bewegen sich in gleicher Richtung. Auch hier ist die Hauptforderung Einführung der Nachtruhe. Die Lohnforderung beträgt 9 Mk. Zulage pro Monat im Durchschnitt. Jetzt erhalten die Bootsleute 102 Mk. monatlich, gefordert wird pro Tag 3,70 Mk., also 111 Mk. monatlich (Sonn- und Feiertage werden in der Binnenschifffahrt mitbezahlt). Die Steuerleute bekommen 115–125 Mk. Es fordern 130–140 Mk., was unter Berücksichtigung der Verantwortung, die sie für Schiff und Ladung haben, sicher nicht zu hoch ist. Trotzdem die Forderungen auf der Oder etwas höher sind, erreichen sie doch nicht das, was auf der Elbe gefordert wird. Auch die Odermannschaften fordern eine bessere Bezahlung der Überstunden, wenn auch nicht in der Höhe wie auf der Elbe.

Prozentual sind die Forderungen auf der Elbe geringer, die Organisation hat berücksichtigt, daß die Elbschifffahrt in den letzten Jahren und besonders 1911 infolge der Niedrigwasserkatastrophe unter schlechten Verhältnissen gearbeitet hat. Alle diese Umstände sind in vollstem Maße berücksichtigt worden. Die etwas höheren Forderungen auf der Oder haben ihre Ursache in den dort für die Mannschaften herrschenden schlechten Lohnverhältnissen.

Die Bewegung hat in erster Linie soziale Bedeutung. Das Hauptgewicht wird auf die Einführung der Nachtruhe gelegt.

Die Organisation der Boots- und Steuerleute ist in den letzten Jahren vorzüglich ausgebaut, die Mitgliedschaft Elbe, Oder und Märkische Wasserstraßen zählte am 1. Oktober 9419 Mitglieder. Die meisten und namentlich die Großbetriebe sind fast vollständig organisiert. Unter diesen Umständen und unter Berücksichtigung der minimalen Forderungen ist anzunehmen, daß die Bewegung ebenso wie 1909 und 1911 friedlich verlaufen wird.

Die Forderungen des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer für das Maschinenpersonal weisen dieselbe Tendenz auf wie die für die Dealeute. Auch hier wird in erster Linie das Hauptgewicht auf die Einführung der Nachtruhe gelegt. Im Elberfeldentwurf wird ein Lohn für die Heizer von 126 Mk. pro Monat gefordert. Die jetzigen Monatslöhne sind verschieden, weil die jetzige Lohnberechnung auf der Grundlage des Kilometergeldes geschieht. Es sollen also feste Lohnsätze eingeführt werden. Dies trifft auch für die Maschinisten zu, hier schwanken die Löhne ungemein; es werden je nach den jetzigen Löhnen gefordert: 140, 145 bis 185 Mk. Außer dem Entwurf für die Elbe werden drei Spezialtarife eingeleitet und zwar für die Firmen: Berliner Lloyd Aktiengesellschaft, C. Rothenbücher-Berlin und Bremer & Baselow in Lauenburg. Das macht sich erforderlich, weil die Betriebe zu viele Differenzierungen aufweisen. Der Entwurf für die gesamte Oderschifffahrt fordert in erster Linie die Nachtruhe. Die Lohnforderung für die Maschinisten beträgt 10 Mk. pro Monat und Heraufhebung des Anfangslohnes auf 150 Mk. Für Heizer wird ein Lohn von 115 Mk. gefordert. Außerdem wird ebenfalls eine bessere Bezahlung der Überstunden verlangt, und des weiteren eine Reihe Nebenforderungen, die den technischen Dienst des Maschinenpersonals regeln. Die schwere Arbeit und die in der Regel ungesunden Arbeitsverhältnisse, verbunden mit den unheimlich langen Arbeitszeiten berechtigen und bezingen eine durchgreifende Reform. Wird das von den Unternehmern anerkannt, so ist auch hier eine Einigung möglich.

Auch die Organisation der Maschinisten und Heizer hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt. Im Elbe-Oder-Gebiet betrug die Mitgliederzahl am 1. Oktober d. J. circa 2500.

Die Bewegung ist von allergrößter Bedeutung und der Unternehmerverband muß — will er den Frieden nicht gefährden — die geforderten Reformen vornehmen, in der Frage der Nachtruhe sowohl, wie auch in der Lohnfrage.

Die Bewegung wird vom Zentralverband der Maschinisten und Heizer und dem Transportarbeiterverband gemeinsam geführt. Die ersten Verhandlungen dürften in der zweiten Hälfte des November stattfinden.

Gewerkschaftsbewegung.

Gelbe Helden. Wegen schwerer Körperverletzung wurden die beiden Vorstandsmitglieder des Werkvereins der Baumwollspinnerei Colbermoor, die Herren Scherrenberger und Stabler, vom Schöffengericht Mibling in Bayern zu 33 und 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Die beiden Gelben befanden sich vor einiger Zeit in einer Wirtshaus in Colbermoor, wo es infolge der provozierenden Haltung der beiden zwischen ihnen und organisierten Arbeitern zu Auseinandersetzungen kam. Als sich die beiden Angeklagten dann aus der Wirtshaus entfernten, überfielen sie den auf der Straße stehenden, in keiner Weise an der Sache beteiligten freigestellten Arbeiter Weinberger, den sie mit den Worten: „Da steht auch so ein Schuft, haut ihn zusammen“ niederschlugen und ihn derart zuriichteten, daß Weinberger aus vielen Wunden blutete, eine schwere Gehirnerschütterung erlitt und dauernd erwerbsunfähig blieb. Der Amtsanwalt konnte nicht umhin, die Rohheit der gelben Helden zu entzünden und er beantragte eine dem schweren Delikt nicht entsprechende, sehr geringe Strafe. Das Gericht ging jedoch über den Antrag des Amtsanwalts hinaus und verurteilte die beiden Gemütsmenschen zu der genannten Strafe. — Am gleichen Tage war am gleichen Gericht eine Beleidigungsklage anhängig, die drei Vorstandsmitglieder des genannten Werkvereins gegen einen Gewerkschaftssekretär vom Textilarbeiterverband und einen christlichen Gewerkschaftssekretär angebracht hatten. Die Herren mußten auf Drängen der Augsburger Gelben gegen die beiden Klage stellen, weil angeblich in einer Textilarbeiterversammlung eine Resolution zur Abstimmung gebracht worden sei, in der die Gelben als „gelbe Sumpfpflanzen“ bezeichnet worden sein sollen. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß in der betr. Versammlung eine Resolution überhaupt nicht zur Abstimmung gebracht wurde. Die drei Gelben zogen es deshalb vor, die Klage unter Übernahme sämtlicher, nicht unerheblicher Kosten (10 Zeugen und 3 Rechtsanwälte waren anwesend) zurückzuziehen.

Aus der Arbeiter-Internationale.

Oesterreich. Die Union der Bergarbeiter Oesterreichs hielt soeben in Wien ihren Verbandstag ab, dem als Vertreter des Deutschen Bergarbeiterverbandes Löffler-Böhm beizuhöhen. Der Vorsitzende Jarolim konnte infolge der Tätigkeit der Separatisten, die in dieser Gewerkschaft sogar bis zur organisierten „Expropriation“ des Verbands Eigentums gediehen ist, nicht über einen allgemeinen Fortschritt berichten. Von den 54 000 tschechischen Bergarbeitern in Oesterreich wohnen 24 000 in gemischtsprachigen Revieren, arbeiten mit Deutschen zusammen in denselben Gruben, was den Anflug der Zersplitterung gerade im Bergbau, wo überdies das Kapital am meisten konzentriert ist, genügend darstellt. Von einer dringenden notwendigen Erhöhung der Verbandsbeiträge wurde abgesehen.

Scharf protestiert wurde gegen eine Verleumdung der Separatisten, daß nämlich der Verband aus Vaterlandsmitteln die tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei (Zentralisten) unterstützt haben soll. — In einer Resolution wurde ein Minimallohngeleitz geordert, das die Unternehmer zwingen soll, mit den Arbeitern Tarifverträge abzuschließen, in denen den Arbeitern ein Mindestlohn zugesichert wird. — Bei den Wahlen wurde der langjährige Vorkämpfer der österreichischen Bergarbeiter, Reichsratsabgeordneter Singer, zum Ehrenpräsidenten gewählt. Er soll bei allen Vorstandssitzungen beratende Stimme haben. — Ernste Kämpfe stehen den Tischlern in Wien bevor. Mit der Genossenschaft der Tischlermeister, die 4000 Mitglieder zählt, mußten die Gehilfenvertreter die zwecks Abschluß eines Tarifvertrages eingeleiteten Verhandlungen abbrechen, da bekannt wurde, daß die Genossenschaft beschlossen hatte, in 16 Blättern regelmäßig zu inserieren, um christlich-soziale, deutsch-nationale und separatistische Gehilfen in großer Zahl nach Wien zu ziehen und durch sie die Organisierten langsam zu ersetzen. Die Gehilfenvertreter wollen nicht eher wieder in Unterhandlungen treten, bis die Meister diese schloffe Taktik rechtfertigen, die obendrein verlangt hatten, daß während der Dauer der Verhandlungen von den Gehilfen nichts unternommen werden dürfe.

Frankreich. In einer erregten, von über 3000 Arbeitern der Pariser Gasgesellschaft besuchten Versammlung wurde der Streik beschlossen, wenn das derzeitige System der willkürlichen Strafen und Maßregelungen nicht sofort eingestellt wird. Zugleich wurden Lohnforderungen aufgestellt. In der Abteilung Clignac gab die Entlassung eines Vertrauensmannes das Signal zu einem partiellen Streik, der aber durch Wiedereinstellung des Betroffenen gleich beendet wurde. Vater Staat war dabei mit zwei Bataillonen Infanterie, einer Eskadron Kürassieren und 400 „Gendarmen“ vertreten. — Die Mitglieder des Pariser Lehrerbundrats wurden zu je 50 Fr. Geldstrafe verurteilt und die Auflösung ihrer Organisation vom Gericht verfügt. Sie kündigen ebenso wie ihre Kollegen in anderen Städten, energigsten Widerstand gegen die geplanten Maßregelungen an, durch welche die Regierung die so teuer erkaufte Lateinschule wieder der Kirche ausliefern werde.

Belgien. Nach dem Bericht des Pater Rütten, des leitenden Leiters der christlichen Gewerkschaften in Belgien, hätten diese Mitte des Jahres 82 761 Mitglieder gegenüber 1235 im Vorjahre. Diese Zahlen müssen jedoch sehr vorsichtig aufgenommen werden, da sie unkontrollierbar sind. Die sozialistischen Gewerkschaften in Brüssel zählten am 1. Januar 1912 insgesamt 16 109 Mitglieder (die christlichen angeblich 6423). In ganz Belgien dürfte die Zahl der Mitglieder der modernen Gewerkschaften 120 000 überschritten haben. — Die lokalen Gruppen der Fabrikarbeiter gründeten einen Zentralverband mit dem Sitze in Antwerpen, dem sofort 4000 Mitglieder beitraten. — Der Kongress der sozialistischen Textilarbeiter-Föderation beschloß die Zentralisierung der Streikfälle.

Spanien. Die Regierungsvorlage in bezug auf die Eisenbahnverhältnisse gab in der Kammer Anlaß zu einem eifrigen Zusammenstoß zwischen dem Sozialisten Iglesias und dem Minister für öffentliche Arbeiten, weil die Vorlage eine der versprochenen Reformen enthält. Der Ministerpräsident freitet jetzt ab, bestimmte Versprechungen gemacht zu haben, trotz aller gegenteiligen Behauptungen des Abgeordneten Amado, den er als Vermittler mit dem Streikmittelpunkt verbande.

England. Wegen Lohnunterschieden reichten in Birmingham 600 Schneider die Kündigung ein. — Im Interesse der 36 000 Anwaltsgehilfen regte der Arbeiterabgeordnete Hill, Crofts bei der Regierung an, diesen nach bestimmten festgelegten Prüfungen die Möglichkeit zu geben, Rechtsanwälte zu werden. — Die Delegiertenversammlung des Londoner Kartellverbandes der Gewerkschaften des Buchgewerbes, dem 30 000 Mitglieder angehören, beschloß einstimmig, die Arbeiter zum Eintreten für die sozialistischen und Arbeiterabgeordneten anzufragen. — In Belfast wurden infolge der nationalistischen Quertreibungen gegen die Home

Rule Bill, die Irland die Selbstverwaltung geben will, bisher rund 2500 Arbeiter entlassen, zum Teil durch andere Gewerkschaftsmitglieder, ihre politischen und religiösen Gegner. — In Birmingham droht ein Bäckerstreik, weil die Meister den Minimallohn nur auf 28 statt 30 Mark pro Woche, wie die Gehilfen fordern, erhöhen und zudem für weitere drei Jahre gar keine Erhöhung zugesichert wollen. — Die Entscheidung des Einigungsamtes der Bergarbeiter bedeutet 1 Mark wöchentliche Lohnerhöhung für 400 000 Mann.

Australien. Zur Bekämpfung des immer arroganteren Fleischstrafes hat die (Arbeiter-)Regierung von West-Australien den ersten großen Fleischladen in Perth eröffnet, dem weitere in anderen Städten bald folgen sollen. — Am Schluß des ersten Jahres nach Inkrafttreten der staatlichen Alters- und Invalidenversicherung, deren Kosten aus Staatsmitteln bestritten werden, bezogen 16 538 Personen Renten.

Vereinigte Staaten. Der schon seit fast zehn Jahren schwebende Boykott-Entschädigungsprozess gegen die Hutmachergewerkschaft bzw. gegen 240 seiner Mitglieder, von denen inzwischen schon fünfzig verstorben sind, kam am 11. Oktober in einer Revisionsinstanz zur Verhandlung. Die der klägerischen Firma zu zahlende Entschädigung mit Kosten wurde auf eine Million festgesetzt. Es wurde erneut Berufung angemeldet, das Verbandsvermögen und das Vermögen der 240 aber bleiben beschlagnahmt — im freien Amerika! — Die von ihrem Zentralverband vor einigen Jahren abgeplitterten Maschinenisten, deren neue Organisation schon über 5000 Mitglieder zählt, beschloß im Prinzip den Wiederanschluß. — In Manila ist die ganze Zigarrenindustrie durch einen Streik von 14 000 Arbeitern völlig lahmgelegt.

Der Schuß in Milwaukee.

Aus Neuyork wird uns geschrieben: Seitdem am 14. Oktober der Revolver in der Hand eines offenbar Schwachsinnigen losging, der sich ausweislich eines in seinem Rock gefundenen Schriftstückes für ein Werkzeug der gegen Roosevelt ergrimmten Vorlesung hielt, bemühen sich die „Manager“ der Roosevelt-Campagne, aus dem Zwischenfall politisches Kapital zu schlagen, und natürlich fehlen auch diesmal die offenen oder versteckten Verdächtigungen unserer Partei nicht, wenn auch die großstädtische Kapitalpresse nicht über die ersten Versuche nach dieser Richtung hinausgekommen ist. Nach dem veröffentlichten amtlichen Befund der Behörden von Milwaukee macht der Attentäter den Eindruck eines Angurechnungs-fähigen, wofür ja auch der Umstand spricht, daß er, wie ebenfalls amtlich als Ergebnis des Verhörs mitgeteilt wird, abwechselnd republikanisch oder demokratisch, niemals sozialistisch gewählt hat. Alle Genartheit oder Beziehungen mit Sozialisten oder Anarchisten wies er sofort unwillig zurück. Dagegen deklarierte sich der Unglückliche — beiläufig ein bayerischer Landsmann Namens Schrank — als Katholik, und wenn er auch zugeht, nicht regelmäßig die Kirche zu besuchen, so unterstrich er doch seinen starkgläubigen Katholizismus dadurch, daß er den Gefängnisbeamten, die ihm seine Rosenkranz als ein mögliches Selbstmordinstrument abnehmen wollten, heftigen Widerstand entgegensetzte, sodaß man dem Mann schließlich seinen Rosenkranz ließ. Tatsächlich ließ ja schon der bei Schrank gefundene Zettel mit den von ihm selber geschriebenen frommen Kasereien keinen Zweifel darüber, wessen „Geistes“ Kind der Roosevelt-Attentäter ist, und von vornherein war nicht die geringste Tatsache bekannt, die auch nur einen Scheingrund abgegeben hätte, den Bedauernswerten der sozialistischen Partei „an die Rosshöhe zu hängen“, aber das hinderte doch einige ganz hunds-gemeine Bürgerblätter Neuyorks, allen voran die erst dieser Tage vom dem Stafrust- und Zeitungsmillionär Munsey im Interesse der Roosevelt-Propaganda angekaufte „Free“, nicht, Schrank anfänglich in jollhohen Buchstaben als „Sozialist“ auszusprechen. In der Neuyorker Presse sind diese Schamlosigkeit, wie schon angedeutet, bald verstummt, aber die Presse der Provinz fährt, offensichtlich durch Neuyorker Pressebureau inspiriert, ungescheut fort, Räuber-geschichten über den „Sozialisten“ Schrank zu verbreiten, und bei dem Umstand, daß diese Halunkenereien zweifellos auch ihren Weg über den Ozean finden und bei reichsverbändlerischen Seelen im Vaterlande Schrancks begierig fruktifiziert werden dürften, kann den staatsrettenden Fälschern und Volksvergiftern nicht scharf genug auf die Finger gesehen werden. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß eine Art Organisation nach reichsverbändlerischem Muster in den Vereinigten Staaten besteht, von der eine systematische Campagne der Lüge gegen den Sozialismus betrieben wird, und es ist vielleicht kein Zufall, daß die katholische Presse bei dieser verleumderischen Heße immer am eifrigsten mitmacht. Die deutschen katholischen Vereine haben eine Föderation gebildet, die nichts anderes bezweckt, als den geistigen Kampf gegen den Sozialismus, den sie u. a. mittels M.-Glabbacher Austauschspaffen führt, und dieses Zwitwerggebilde von importierter M.-Glabbacher und Reichsverband macht sich auch im Falle Schrank wieder maufig, ungeachtet des Sprichwortes, das sich an die im Glashaufe Sitzenden wendet. Der Neuyorker „Call“, unser in englischer Sprache erscheinendes Bruderblatt in Neuyork, druckt erbauliche Proben aus sozialistischen ländlichen Blättern ab, die Schrank zu einem fanatischen sozialistischen Straßenredner stempeln, um im gleichen Atemzuge zu erzählen, daß er eine schöne, schleierische Natur war und nur unter den Sonntags-nachmittags-Gästen seines Hauses in Brooklyn Proseltheten für den Sozialismus warb. Dabei wird der achtungswürdige Bajuware zum Mitglied eines „Angarischen Sozialisten-Klubs“ gemacht, der nur in der Phantasie der bürgerlichen Presse-Schwindler existiert. Der „Call“ fordert die Genossen im Lande auf, ihm von allen Fällen, in denen die bürgerliche Presse diese Lügen-Korrespondenzen bringt, Kenntnis zu geben, damit der Versuch gemacht werden kann, die dunklen Ehrenmänner, von denen diese frommen Schwindeleien ausgehen, zu entlarven. Daß die Roosevelt-Trabanten selber auch nach Kräften bemüht sind, die Tat Schrancks, die ihrem Ideal glücklicherweise das Leben nicht kosten wird, politisch auszubehuten, versteht sich von selber, im allgemeinen geschieht das aber, nachdem die ersten Lügen über den „sozialistischen“ Attentäter allzu kurze Beine hatten, auf Kosten der bürgerlichen Gegner Roosevelts. Die ganzen prominenten Roosevelt-Deute haben sich in den letzten Tagen in pharisäischen Hejreden gegen die

Führer der alten bürgerlichen Parteien gefallen, unvor dem Bundes-Komitee, das zurzeit die bürgerliche Wahlkorruption der jüngsten Zeit „untersucht“ und dabei auch die Liebesgaben der Trusts für die Roosevelt-Campagnen von 1904 wie 1912 nicht ganz ignorieren darf, wagte es ein junger Millionär am 18. Oktober, dem ehemaligen Sekretär des Präsidenten Taft und jetzigen Vorsitzenden des republikanischen National-Komitees, Charles D. Hilles, die Schuld an dem Nord-überfall persönlich aufs Konto zu setzen. Tatsächlich hat keiner auf dem Gebiete persönlicher Schmähungen und Aufreizungen, wie sie nach dem gemeingefährlichen Geheul des Roosevelt-Chors das Attentat in Milwaukee verschuldet haben sollen, so redlich sein Teil geleistet, wie just der beattentäterte Roosevelt selber, und wenn Latein wie die Schrancks etwas mit den Liebenswürdigkeiten bürgerlicher Wahldeinagogie zu tun haben sollten, so würde sich Präsident Taft, den Teddy in den letzten Wochen nacheinander mit einem „Betrüger“, einem „Dieb“, „Eindrecker“, „Lachendieb“, „Piraten“ und „Empfänger gestohlener Waren“ verglich, sicherlich in größerer Gefahr befunden haben, als Roosevelt.

Soziales.

Wahlen zur Angestelltenversicherung. In München wurden für die Vertreter der Versicherungen 7108 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Freie Vereinigung 3259, auf die fünf Listen des Hauptauschusses 3849 Stimmen. Gewählt sind von der Freien Vereinigung drei Vertreter und sieben Ersatzleute, vom Hauptauschuss vier Vertreter und sieben Ersatzleute. — Bei den Unternehmerwahlen entfielen auf die Liste des Münchener Handelsvereins und der ihr angeschlossenen Verbände 820, auf die Liste der Freien Vereinigung selbständiger Kaufleute und Gewerbetreibender 125 Stimmen. Die Freie Vereinigung erhielt einen Vertrauensmann und einen Ersatzmann. — In Bayreuth erhielt die Liste der Werkmeister 49, die der fünf kaufmännischen Vereine 182, die der Freien Vereinigung 44. Von der Freien Vereinigung wurde Gen. Reidel, Lagerhalter, als Ersatzmann gewählt. Nicht einmal die Hälfte der Angestellten hatte ihr Wahlrecht ausgeübt. — In Straßburg i. E. erhielt die Liste des Hauptauschusses 814 Stimmen, die der Freien Vereinigung 595 Stimmen. Beide Gruppen erhalten je zwei Vertrauensmänner und der Stimmenzahl entsprechend drei resp. fünf Ersatzmänner. — In Schillingheim bei Straßburg erhielt die Liste der Brauereibeamten 95 Stimmen, zwei Vertrauensmänner und zwei Ersatzmänner, die Liste der Freien Vereinigung 88 Stimmen, einen Vertrauensmann und drei Ersatzmänner, während der Hauptauschuss auf seine Liste nur 23 Stimmen vereinigte, er erhält nur einen Ersatzmann. — In Düsseldorf erhielten Stimmen: die Liste der Freien Vereinigung 1193, Deutschnationale 744, Verein für Handlungs-kommis von 1838 502, Katholische Handlungs-gesellenorganisation 371, Werkmeisterverband 962, Verband der weiblichen Angestellten 780, Bühnen- und Orchestervereinigung 246 Stimmen. Vertreter entfielen auf: die Freie Vereinigung 1 Vertrauensmann und 3 Ersatzleute, die Deutschnationalen 1 Vertrauensmann und 1 Ersatzmann, ebenfalls die 1858er. Der Werkmeisterverband erhält einen Vertrauensmann und 2 Ersatzleute, die Katholische kaufmännische Vereinigung einen Ersatzmann, die Organisation der weiblichen Angestellten erhält einen Vertrauensmann und zwei Ersatzleute. Die Bühnen- und Orchestervereinigung geht leer aus. — Bei den Arbeitgeberwahlen erhielt die Liste der freien Arbeitgebervereinigung 20 Stimmen und einen Ersatzmann, die andere Liste 292 Stimmen und fünf Vertrauensmänner und neun Ersatzmänner. — Im Landkreise Krefeld war die Beteiligung schwach. Von 700 Wahlberechtigten gingen 167 zur Wahl. Die Liste der Freien Vereinigung erhielt 34, die des Hauptauschusses 132 Stimmen. Die Wahl in Krefeld (Stadtkreis) fand am Sonntag und Montag statt und zwar nach heftigem Wahlkampf und bei lebhafter Beteiligung. Das Resultat steht noch aus. Die Wahlbeteiligung dürfte hier mehr als 60 % erreichen. — In Harburg a. E. haben von 1400 Wahlberechtigten 775 gewählt. Der Hauptauschuss erhielt 582, die Freie Vereinigung 213 Stimmen. — In Laucha bei Leipzig erhielt von 70 abgegebenen Stimmen die Freie Vereinigung 27 und einen Vertreter und zwei Ersatzmänner, der Hauptauschuss erhielt 43 Stimmen. — In Weizenfels erhielt die Freie Vereinigung von 388 Stimmen nur 42. — Aus Schlesien sind recht erfreuliche Resultate zu melden. Dem Geschrei des reaktionären Hauptauschusses ist es nicht gelungen, den „neuen Mittelstand“ ins Boshorn zu jagen. Ueberall erregt die Freie Vereinigung schon Achtungserfolge. In Liegnitz steht ihre Liste mit 201 Stimmen an der Spitze, die Deutschnationalen folgen mit 160, die Techniker mit 106. Von drei Vertretern und sechs Ersatzmännern erhielt die Freie Vereinigung einen Vertrauensmann und zwei Ersatzmänner. — Selbst in Kattowitz in Oberschlesien rangiert die Freie Vereinigung an zweiter Stelle. Es erhielt der Hauptauschuss 429 Stimmen mit 2 Vertretern und 3 Ersatzmännern, die Freie Vereinigung 306 Stimmen, 1 Vertreter und 3 Ersatzmänner. Die Polen mit 35 Stimmen fielen aus.

Studentische Arbeiterunterrichtskurse. Seit einer Reihe von Jahren sind in den deutschen Universitätsstädten studentische Organisationen entstanden, die eine Ergänzung der bestehenden Arbeiterbildungsinstitute darstellen. Die Kurse, die meist den Titel „Unterrichtskurse für Arbeiter“ führen, bezwecken in völlig neutraler Weise Elementarunterricht an Arbeiter zu erteilen und dadurch zugleich ein gegenseitiges Kennen- und Verstehenlernen zwischen den Arbeitern und den zukünftigen Vertretern der akademischen Berufe zu ermöglichen. Diese Vereine, die sich im Verband akademischer Arbeiterunterrichtskurse Deutschlands zusammengeschlossen haben, sind ihrem Programm treugeblieben, sie haben sich jedes Uebergriffs auf Gebiete, wie Religion und Politik, enthalten, die den Reim zu Meinungsverschiedenheiten und Zerwürfissen in sich tragen. Infolge dieser Beschränkung auf die Elementarfächer — vorwiegend Rechnen, Deutsch, Schreiben — und durch die strenge Beobachtung der Neutralität auch außerhalb des Unterrichtsstoffes haben die Kurse sich das Vertrauen der Arbeiter erworben. Arbeiter und Arbeiterinnen, die gern die Gelegenheit benutzen, altes Wissen aufzufrischen und sich zugleich neues als Vorkurs aller höheren Geistesbildung zu erwerben, sind diesen Kursen beigetreten. Freilich ist die Besucherzahl noch weit geringer, als man bei der eifrigen Propaganda der Vereine erwarten sollte. An der Zurückhaltung mögen vielfach alte Vorurteile schuld sein, Unkenntnis darüber, daß auch in der Studentenschaft sich, wenn auch vorerst vereinigt, neue Kräfte und Ideen regen, die den lange verloren gegangenen Anschluß an die arbeitende Bevölkerung wieder suchen. In schlachter, sozialer Bildungsarbeit finden sich hier Studenten und Arbeiter zusammen, lernt der Student das, was er so dringend braucht, um sich später eine eigene, politische Meinung zu bilden; Kenntnis des arbeitenden Volkes aus eigener Anschauung. Sein Gewinn ist vielleicht noch größer als der des Arbeiters, der seine Bildung vermehrt. Aber auch vom Standpunkt der Arbeiter kann von ihrem Interesse an der Arbeiterbildung aus die Benutzung dieser Unterrichtskurse den Arbeitern nur empfohlen werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Zum Tode verurteilt. Polizeileutnant Becker ist vom Schwurgericht in Neustadt zum Tode durch Elektrizität verurteilt worden. Der zum Tode verurteilte Polizeileutnant Becker wurde sofort in Einzelhaft gebracht. Die Hinrichtung ist verschoben, da Berufung gegen das Urteil eingelegt ist, deren Erledigung ein Jahr in Anspruch nehmen kann.

Aus Nah und Fern.

Das Blatt der Adelspartei. Die „Kreuzzeitung“-Gesellschaft hat ihr Stammkapital um 384 000 Mk. erhöht. Als Geldgeber werden in der „Kreuzzeitung“ 50 Herren aufgeführt — 49 vom Adel, 1 Bürgerlicher, der Amtsrat Kühne. Unter den adeligen Geldgebern befinden sich auch Herbrand, Krüger, Krichhofen-Dahmsdorf und eine Gräfin Schulenburg.

Ein Zug-Zusammenstoß auf der Berliner Stadtbahn. Mittwoch früh 7 Uhr 35 Minuten fuhr auf der Berliner Stadtbahnstation Jannowitz-Brücke der Nordringzug 1759 auf den im Gleis III haltenden, von der Station Grünwald nach Friedrichshagen fahrenden Vorortzug 2277 auf. Insgesamt sind 46 Personen verletzt worden. Die Verletzten sind bis auf vier leicht. Die Lokomotive des Nordringzuges und zahlreiche Wagen der beiden Züge wurden erheblich beschädigt. — In weiteren Einzelheiten wird bekannt: Der vom Bahnhof Alexanderplatz kommende Nordringzug fuhr, da nach Angabe des Lokomotivführers die Einfahrt freigegeben war, in voller Geschwindigkeit in den Bahnhof Jannowitz-Brücke. Infolge der Gleisbiegung vor dem Bahnhof und des dunklen nebligen Wetters bemerkte der Lokomotivführer erst im letzten Moment den in der Halle haltenden Zug. Er konnte seinen Zug nicht mehr zum Stehen bringen und so fuhr dieser mit verhängnisvoller Gewalt auf den haltenden Vorortzug, daß mehrere Wagen beider Züge zusammengebrochen wurden. Von einzelnen Wagen wurden Stützen, Seiten- und Rückwände zertrümmert. Die Passagiere dieser Wagen sind namentlich durch die herausfallenden Fensterscheiben, Holz- und Eisenteile verletzt worden. Es wurden vierunddreißig Personen verletzt, darunter drei Frauen und zwei Männer schwer. Die Verletzten stammen aus Berlin und Vororten. Beide Züge waren mit zur Arbeit eilenden Arbeitern und Angestellten vollbesetzt. Die Hilfsaktion zur Unterbringung der Verwundeten setzte sofort ein. Der Verkehr auf dem Unfallgleis ist unterbrochen, da dasselbe von Holzteilen und Eisenteilen völlig bedeckt ist.

Größter Feuer. Die Berliner Metallwarenfabrik H. A. Fürst u. Co., A.-G., in Adlershof bei Berlin, wurde durch einen großen Brand vollständig eingeschert. Der Schaden beträgt mehrere 100 000 Mark. Bei den Lösarbeiten, an denen 17 Feuerwehren teilnahmen, erkrankten mehrere Feuerwehrleute an Rauchvergiftung.

Dalles u. Co. Das Bahnhalla-Theater, eines der größten Berliner Varietees, wurde wegen Zahlungs-schwierigkeiten geschlossen. Seit Monaten war das Theater schon in finanziellen Verlegenheiten. Draufsteht

und Technikerpersonal warteten seit Monaten auf ihre Gage. Auch die Zahl der übrigen Gläubiger wuchs immer mehr an. Gestern schnitten die Berliner Elektrizitätswerke den elektrischen Strom ab, wodurch das Theaterspiel unmöglich gemacht wurde.

Brandunglück. Nach einer Meldung aus San Antonio in Texas sind bei einem Brand des Hospitals in Santa Rosa sechs Krankenschwestern und ein Kind ums Leben gekommen. Mehrere Personen werden vermisst.

Ein Ultramontaner auf dem Kölner Erzbischofsstuhl. Die Wahl des Bischofs Dr. Felix von Hartmann erregte, wie schon gemeldet, in Köln berechtigtes Aufsehen. Die Kandidatur des Herrn von Hartmann wurde bereits heftig bekämpft, als die ersten Gerüchte auftauchten, daß der gestrenge Herr von Münster auf die Liste der Vorzuschlagenden gesetzt sei. Der neuerwählte Erzbischof ist ein Ultramontaner von reinem Wasser, der allen modernen Regungen eines freien Geisteslebens abhold ist. Die „Kölnische Ztg.“ erinnert an die Haltung, die sich die von Hartmann nahe-stehende Presse gegen den Pastorkursus in Münster erlaubte. Bekannt ist auch die scharfe Stellungnahme, die er zum Modernisteneid einnahm. Wurde doch von den Professoren der Theologie in Münster verlangt, daß sie trotz des päpstlichen Dispenses den Antimodernisteneid leisten sollen. — Die „Kölnische Volkszeitung“ widmet ihrem neuen Oberhirten am Ende ihres spaltenlangen Berichts die etwas magere Phrase: „Möge ihm, der den Namen Felix trägt, eine lange glückliche und reich gesegnete Wirksamkeit beschieden sein.“ Sehr wahrscheinlich wird das Leitblatt der Kölner Katholiken bald eine ähnliche sinnige Betrachtung an den Namen Hartmann knüpfen können. Eingeweihte prophezeien bereits eine neue Münsterische Richtung.

Peter Spahns Konflikt mit den Frankfurter Rechtsanwältinnen. Der Reichstagsabgeordnete Spahn als Oberlandesgerichtspräsident von Frankfurt a. M. ist bekanntlich, wie wir seinerzeit berichteten, in einen Konflikt mit der Anwaltschaft geraten. Das Oberlandesgericht verwehrt vor einiger Zeit plötzlich den bei ihm zugelassenen Anwälten, sich zu Kollegen vom Landgericht vertreten zu lassen. Dadurch trat in Spezialfällen, z. B. in schwierigen Fragen des Patentrechts, eine Behinderung der sachlichen Verhandlung ein. Die Anwältinnen haben dagegen eine Senatsentscheidung angezufen. Sie lehnen aber jetzt sämtliche Beschlüsse des Oberlandesgerichts ab. Die Ablehnung wird damit begründet, daß die Richter durch eine vom Oberlandesgerichtspräsidenten Spahn geleitete unzulässige Beeinflussung in der Streitfrage voreingenommen seien. Unter anderem wird Spahn vorgeworfen, er habe unzulässigerweise den Landgerichtspräsidenten veranlaßt, die Vorsitzenden der einzelnen Kammern des Landgerichts zu verjammeln und ihnen nahezu-legen, in gleicher Weise wie das Oberlandesgericht, Substitut-Anwältinnen zurückzuweisen.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübeker Marktpreise vom 30. Oktober.
Bauern-Butter Pfd. 1,35—1,40 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,50 Mk., Hufen 3-3,50 Mk., Enten 3,00—3,50 Mk.

Fahner 1,60—2,20 Mk., Ruten Stück 1,60—2,20 Mk., Lauben Stück 60—70 Pf., Gänse Pfd. 80-85 Pfg., Schinken Pfd. 1,20 Mk., Schweinshopf pr. Pfd. 60 Pfg., Würst, geräuchert, Pfd. 1,30—1,60 Mk., Eier Stck. 10 u. 11 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pfg., Spargel 1. Sorte — Pfd. 2. Sorte — Pfd., 3. Sorte — Pfd., Blumenkohl der Kopf 20—50 Pfg., Kirschen, hiesige, Pfd. — Pfd., eingeschaltete, Pfd. — Pfd. **Lebende Süßwasserfische: Schleie, Portions-schleie Pfd. 1,70, größere Pfd. 1,60 Mk., Karpfen, größere Pfd. 1,10—1,20 Mk., kleinere 1,00 Mk., Aal, große Pfd. 1-1,20 Mk., mittlere Pfd. 80 Pfg., kleine Pfd. 50 Pfg., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte, große Pfd. 60-70 Pfg., mittel Pfd. 70 Pfg., Barbe Pfd. 60-70 Pfg., Brachsen, gr. Pfd. — Pfg., kleine Pfd. — Pfg., Aal, Pfd. — Pfg., Rotaugen, große Pfd. 25 Pfg., kleine Pfd. 15 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg. **Salzwasserfische:** Dorsche, lebende Pfd. 40 Pfg., frische Pfd. 30-35 Pfg., Butter, größere Pfd. 80 Pfg., kleinere 15 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 80—100 Pfg.**

Getreidepreise.

Weizen, 120—128 Pfd. holl. 190—205 Mk., Roggen 112—122 Pfd., holl. 160—175 Mk., Gerste, nach Qualität 170—200 Mk., Hafer, nach Qualität, 160—180 Mk. alter — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 30. Oktober.

Auftrieb 1759 Schweine. Markt langsam geräumt. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter, nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 83,— (— bis 68,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 82,— (— bis 65,50 Mk.) Mittelwäre, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 81,— bis 82,00 (63,— bis 64,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 80,— bis 81,— (62,50 bis 63,— Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 73,— bis 78,— (55,50 bis 59,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 78,— bis 79,— (62,50 bis 63,—) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 72,— bis 77,— (56,00 bis 60,—) Mk.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Hamburg, 30. Oktober.
1. Klasse 255 Drittel zu 137,44 Mk. im Durchschnitt.
2. " 17 " " 126,82 Mk. " "

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: T. H. Schwarz. Druck: F. riedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübeker Volksboten“

Gesucht eine alleinziehende ältere Frau oder ein Mädchen tagsüber bei zwei Kindern. Zu melden (4584) Friedenstraße 39, pt., abds. n. 6 Uhr.

Ein Hypothekengläubiger, der in der Zwangsversteigerung eines **Ganggrundstückes** Meistbietender geliebt ist, sucht einen Reflektanten zu sofort. Ang. u. W. W. 15 Crd. 4572

Geförder Ziegenbock steht (4582) Lützenstr. 35 a. aea. Kirchhofstabelle.

Verloren ein Portemonnaie mit 10 Mk. Geh. Der ehrliche Finder wird gebeten, es gegen Belohnung abzugeben. Chausstr. 24, I. (4574)

Hartoffelland zu pachten gesucht auf mehrere Jahre (4573) Lange Reihe 12 a, I.

Wilde Kaninchen empfiehlt **Frd. Holst** (4540) Fleischhauerstraße 8.

Uhren! Uhren! Uhren!
— Neu und getragen —
sind
staunend billig zu haben
in der (4488)
Marktwiete 2, bei der Post.

Freitag u. Sonnabend große Auswahl.
J. Hamann, Fischhandlung, Markthalle, Lübeck. (4581)



Unsere Gesellschaftsspiele

haben sich bei groß und klein in kurzer Zeit sehr beliebt gemacht. In den langen Winterabenden der beste Zeitvertreib für unsere Jugend, da die Spiele sehr unterhaltend sind und sie in keiner Familie fehlen sollten.
Preis 60 Pfg., Mk. 1.— und Mk. 1.80.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Ein wertvolles Buch für jedermann ist

Der Ratgeber

für das praktische Leben.

Hand- und Nachschlagebuch für alle Angelegenheiten; praktischer Hausarzt und Rezeptbuch nebst einem Anhang enthaltend: Wörterbuch der neuen Rechtschreibung, Zinsenberechnungs- u. andere Tabellen. — 1200 Illustrationen und Kunstbeilagen.

Preis dieses 1200 Seiten starken Werkes 2,75 Mk. nach auswärts 50 Pfg. Porto zu.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Kinder-Erstlings-Wäsche



kauft man am vorteilhaftesten bei
Gebrüder Hefti
Lübeck
Untertrave 11/12 bei der Holstenstr.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Otto Albers** Kahlm. Markt 4 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Lederhosen	2.20—6.45
Wanzenhosen	2.60—6.75
Schlofferhosen	1.88—5.25
Überziehhosen	1.08—2.35
Zwischenhosen	1.68—3.25

Leinene Jäcken, schräge u. gerade, 1.28, Rafen, Hemden, Schlachterjacken, Freizeithosen, Malermäntel erstaunlich billig. Mägen von 30 Pfg. bis 1.88 Mk. Note Lubecam.

Die Kommune
Roman von Paul und Viktor Margueritte.
Übersetzt von H. Friede. Mit Einleitung von Fern. Sebald.
Preis: früher broschiert Mk. 5.—, jetzt nur Mk. 1.—; gebunden früher Mk. 7.—, jetzt nur Mk. 1.50.



Bei jeder Bestellung von Einzel-Exemplaren 50 Pfg. Porto.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Neu erschien in billiger Volks-Ausgabe:
Die Kommune
Roman von Paul und Viktor Margueritte.
Übersetzt von H. Friede. Mit Einleitung von Fern. Sebald.
Preis: früher broschiert Mk. 5.—, jetzt nur Mk. 1.—; gebunden früher Mk. 7.—, jetzt nur Mk. 1.50.

Arbeiter-Radtaher-Verein Lübeck.

Einladung

Großen Gala-Saalfest

verbunden mit Kunst- und Reigenfahrten sowie Auftreten der Geschwister Spethmann (9 und 11 Jahre alt) **am Sonntag, dem 10. November 1912** in sämtlichen Sälen des Gewerkschaftshauses, Johannisstr.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter
Zahlstelle Lübeck.

Stiftungsfest

am Sonnabend, dem 2. November 1912, im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.
Das Komitee,

Gänse
Markthalle Stand 35—36. Prima fette hollstein. Mastgänse stets zu billigstem Marktpreis. Am Freitag morgen von 9—11 Uhr verkaufe einen größeren Bestand Gänsebruststücken per Pfd. 10 Pfg. fette Gänsegrößen per Pfd. 50 Pfg. Außerst günstiges Angebot für iparfame Hauszucht. 4579 **Wilt. Schwarz**
Gänse-Spezialhandlung und Schlachtere.